

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Hilfringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckerschrift: Capadenk

Die Herstellung erfolgt im Goldverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalettschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Größtmöglicher für beide Teile ist Besatz.

Berlin, den 4. Juni 1930

Wo bleibt die Tat?

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Pfingsten steht vor der Tür. Die Lage Deutschlands, vor allem die der breiten Volksmassen, hat aber gar nichts Pfingstliches, gar nichts Liebliches an sich. Die Sintflut der Massenarbeitslosigkeit will und will nicht zurückgehen. Frau Sorge ist ständiger Gast in den Arbeiterquartieren. Über den noch Arbeitenden hängt ständig drohend das Damoklesschwert der Entlassung; die Beamten sind von Abbau und Gehaltskürzung bedroht. Die Städte sind in der Wohlfahrtsunterstützung bald am Ende ihrer Kraft. Ein trostloser Zustand. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Stand der Reichsfinanzen - beides ist so ernst, dass keine Alarmrufe mehr nötig sind.

Was soll aus all dem noch werden? Was wird der kommende Winter bringen, wenn nicht rasch und energisch in die Speichen gegriffen und die Räder der Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden? Der Reichsarbeitsminister hat angekündigt, in Kürze 120 - 150 000 Bauarbeitern Arbeit zu beschaffen. Hoffentlich gelingt es ihm. Aber das ist zunächst nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbstverständlich müssen wir wenigstens jetzt endlich im Juni dazu kommen, den Bauarbeitern für einige Monate Beschäftigung zu geben. Grauenhaft wäre es, wenn auch das nicht gelingen sollte. Hoffentlich rücken auch die Reichspost und Reichsbahn in kürzester Frist mit Aufträgen an die Wirtschaft heraus. Allein auch davon wollen wir uns keine Wunderdinge versprechen. Wenn wir aus dem Sumpf der Massenarbeitslosigkeit herauskommen wollen, dann sind Taten notwendig. Das Pfingstwunder wird sich nur dann einstellen, wenn wir uns selbst helfen. Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott!

Pfingstgeist ist die Voraussetzung, wenn in Staat und Wirtschaft eine kühne Tat zur Arbeitsbeschaffung und damit zur Brotvermehrung möglich gemacht werden soll. Pfingstgeist ist der Geist der Verständigung. Bis jetzt können wir leider nur erst schwache Ansätze zu einer solchen Verständigung beobachten. Noch ist die Notopferfrage nicht geklärt. Noch ist in der Frage des Preisabbaus kein mutiger Schritt getan. Erst in den letzten Tagen haben sich auch in den Rechtskreisen die Stimmen gemehrt, die sich für eine Heranziehung der leitenden Persönlichkeiten zur Beitragsleistung für die Arbeitslosenversicherung aussprechen. Die freien Gewerkschaften können nicht davon ablassen, dass das Notopfer ganz allgemein auf alle Kreise der Besitzenden ausgedehnt wird, die für den Arbeitslosenschutz bis jetzt nichts direkt zu leisten haben. Mit Notopfer und Beitragserhöhung wäre jedoch erst zur Not die Finanzierung des Arbeitslosenschutzes gesichert. Wir brauchen aber auch eine Lösung des Arbeitsmarktproblems. Noch immer sträuben sich die Spitzen der Unternehmer mit Händen und Füßen, endlich mit dem Preisabbau zu beginnen. Immer wieder kommen sie mit ihren bekannten Argumenten gegen die Parole der Gewerkschaften auf Stärkung der Kaufkraft der Massen. Mit theoretischen Erörterungen kommen wir nicht vom Fleck. Tatsache ist, dass die Preise übersetzt sind. Sie müssen jetzt endlich herunter. Auch die Unternehmer sehen das ein. Wo aber bleibt

die mutige Tat, die aus der Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen zieht? Statt durch eine weithinleuchtende hinreissende Geste in der Preisabbau-Frage das Verständigungswerk zu fördern, will man übervorsichtig Preis und Lohn Zug um Zug abbauen. Merkwürdige Leute, die grosse wirtschafts- und staatspolitische Aufgaben in Form eines Geschäfts bewältigen und abwickeln wollen! Sie vergessen, dass auf der Lohnseite lebendige Menschen stehen - Menschen, die bereits seit Wochen und Monaten vom Lohnabbau heimgesucht sind. Nicht die Preise, wohl aber die Löhne sind faktisch heute bereits in unzähligen Fällen empfindlich gesenkt, durch Feierschichten und Kurzarbeit oder durch willkürliche Diktate, von denen die Öffentlichkeit nichts erfuhr. Es gibt Arbeiter, die heute pro Monat mindestens 100 Mark Lohnausfall bei einemlohneinkommen von etwa 400 - 500 Mark pro Monat zu verzeichnen haben. Es gibt Angestellte, deren Monatsgehalt von etwa 300 Mark um 30 bis 25 Mark gekürzt worden ist. Seit Jahr und Tag sind Millionen durch Rationalisierung und Arbeitslosigkeit aus den Betrieben verbannt. Die gesamte Lohnsumme ist nicht grösser sondern kleiner geworden. Die Arbeitnehmer haben im Laufe von vielen Monaten sehr beträchtliche Opfer durch Lohneinbussen empfindlichster Art gebracht. Nun sollen sie noch einmal ein ganz besonderes Opfer bringen, damit die Arbeitslosen in die Betriebe zurückkehren können? Zunächst sind die Unternehmer an der Reihe, Opfer zu bringen. Es muss jetzt zunächst einmal bei den Preisen, die die ganze Zeit über oben geblieben sind, mit dem Abbau ein Anfang gemacht werden.

Von den Arbeitnehmern verlangt man neue Opfer, obwohl sie durch die bereits anrollenden Teuerungswellen infolge der grösseren Steuerlast, der Auswirkung der Zölle, der Steigerung der Verkehrstarife und der Mieten schon wieder hart angefasst werden. Wer sich das alles ruhig und nüchtern überlegt, muss für die Forderung der Gewerkschaften auf schnellen und weithin sichtbaren Preisabbau Verständnis haben. Nur eine mutige Tat in der Preisfrage kann uns im Augenblick vorwärts helfen.

Proklamationen und Mahnungen von oben, und sei es auch von höchster Stelle im Reich, sind nicht das Wesentliche. Am Unternehmertum ist es, jetzt zu beweisen, dass es den guten Willen hat, etwas zur Lösung der Krise beizutragen. Ein Teil des Unternehmertums ist zweifellos verständigungsbereit. Soweit wir sehen, ist es diesmal nicht die nordwestliche Schwerindustrie, die die Einigung hemmt, sondern - wenigstens vorläufig - der Kreis um Borsig. Arbeit Nordwest zeigt sich versöhnlicher, und das begreift jeder, der in letzter Zeit die Stöckung des Arbeitstempos in Rheinland-Westfalen mit eigenen Augen beobachten konnte. Die Rauchfahnen über dem Ruhrgebiet wirken in diesem Jahr wie Trauerfahnen.

Nicht Sache der Gewerkschaften, sondern Sache der Unternehmer selbst und der Regierung ist es, dass den Arbeitern ein loyales und sozial tragbares Verständigungsangebot gemacht wird. Das Gerede über ein Wiederaufleben der Zentral-Arbeitsgemeinschaft ist höchst überflüssig. Es passt herzlich schlecht in einen Augenblick, wo es in Mansfeld infolge eines Lohnsenkungsdiktats zu einer grossen Aussperrung gekommen ist. Nicht Verständigungsgerede, sondern nur Verständigungswille und Verständigungstaten können helfen.

Ein Notopfer im Sinne der Gewerkschaften, ein umfassender Ausbau der Krisenfürsorge, ein von nicht zu vielen Wenn und Aber abhängig gemachter Preisabbau, d.h. Nichtantastung des Reallohnes - das sind die Dinge, die den Weg zu einer Verständigung frei machen können. Überzeugend wirkt auf die Arbeiterschaft nur ein wirkliches Opfer, ein Opfer der Besitzenden und Gesicherten in der Notopferfrage und ein Opfer der Unternehmer in der Preisfrage.

SPD. Bombay, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In einem Dorfe bei Madras kam es zu Kämpfen zwischen Bauern und Polizei, in deren Verlauf ein Inder getötet wurde. Auch in anderen indischen Dörfern waren am Mittwoch Unruhen zu verzeichnen, die mehrere Tote und Verletzte forderten.

---

SPD. Im Stahlhelm kämpfen seit Monaten zwei Richtungen miteinander. An der Spitze der einen steht der Bundesführer Seldte und der Leiter der politischen Abteilung des Stahlhelms Dr. Brauweiler, die andere wird von dem zweiten Bundesführer Düsterberg mit Unterstützung einiger ehemaliger preussischer Prinzen geführt.

Die Spannung zwischen den beiden sich seit Monaten befehdenden Gruppen erreichte ihren Höhepunkt mit der Bildung der Regierung Brüning, als sich Seldte für eine Tolerierung dieses Kabinetts entschied, während Düsterberg von Anfang an für den schärfsten Kampf gegen Brüning plädierte. Wochenlang tobte hinter den Kulissen der Kampf zwischen Seldte und Düsterberg. Je mehr die Regierung Brüning versagte, desto stärker wurde der radikale Flügel, desto einflussreicher wurde Düsterberg. Er gilt im Stahlhelm schon heute als der Führer, hinter Seldte eines Tages wird zurücktreten müssen. Nicht weil er grössere Eigenschaften zur Führung besitzt als Seldte, nicht weil er in der Lage wäre dem auf dem abstürzenden Ast sitzenden Stahlhelm neues Leben einzuatmen. Qualitäten besonderer Art besitzt Düsterberg eher noch weniger als Seldte. Was ihm über Seldte hinaus zu seinem Einfluss im Stahlhelm verholfen hat, ist sein Wortradikalismus und seine Entschlossenheit, dem Nationalsozialismus dadurch Konkurrenz zu machen, dass er dessen Agitationsformen und Agitationsphrasen mit Erfolg auf grosse Teile des Stahlhelms übertrug. So wurde aus dem einst überwiegend von Anhängern der deutschnationalen Partei gebildeten Stahlhelm mehr und mehr eine Organisation, in der heute nationalsozialistische Gedankengänge massgebend sind. Die deutschnationalen Stahlhelmlaute traten in Scharen zu Hitler über, angeregt und beeinflusst durch Düsterberg. Als diese innere Wandlung schliesslich nicht mehr zu verschleiern war, ersuchte die Stahlhelmlleitung aus Gründen der Selbsterhaltung den grossen Nebenbuhler den Kampf seiner Presse gegen den Stahlhelm abzublasen. Hitler lehnte ab und bestimmte, dass kein Nationalsozialist zugleich Mitglied des Stahlhelms sein kann. Er lehnte ab, weil er über die inneren Vorgänge im Lager des Stahlhelms genau informiert war, weil er wusste, dass Düsterberg in den letzten Monaten für ihn gearbeitet hatte und ein Zugeständnis an den Stahlhelm die Stabilisierung einer zweiten nationalsozialistischen Bewegung neben der eigentlichen Hitlerfront bedeuten würde.

Hitlers Anordnung wird sicherlich nicht von heute auf morgen zum Zusammenbruch des Stahlhelms führen. Aber sie wird den Zerfall des Stahlhelms beschleunigen. Wie in die deutschnationale Partei, so hat Hitler jetzt den Keim der Zersetzung auch in den Stahlhelm hineingetragen, indem er Düsterbergs Hand zum Frieden ausschlug. Statt der ihm angetragenen Versöhnung steht er im Begriff, Düsterberg und seine Mannen mit Haut und Haaren zu verschlingen. Schneller als es sich Düsterberg jemals geträumt haben dürfte, geht es mit seinem Glanz als Kommandant des Stahlhelms zu Ende.

---

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Wie der "Temps" meldet, ist es in der Provinz Vinh in Indochina zu neuen Zwischenfällen gekommen. Etwa 2 000 unbewaffnete Bauern zogen vor das Verwaltungsgebäude der Stadt Hue und verlangten in einer Eingabe an den Stadtverwalter die Freilassung aller bisher verhafteten Demonstranten und eine

Entschädigung für alle Opfer, die bei den letzten Kundgebungen von der Polizei erschossen oder verwundet worden waren. Die Antragsteller zerstreuten sich angeblich ohne Zwischenfall, nachdem ihnen der Verwalter versprochen hatte, dass er die Bittschrift an die französischen Oberbehörden weiterleiten werde.

-----  
SPD. London, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Sonderberichterstatter des "Daily Herald" drahtet aus Bombay den Inhalt der Unterredung, die der Vizekönig von Indien mit dem liberalen Politiker Sapru zwecks Vorbereitung der anglo-indischen Konferenz geführt hat.

Sapru erklärte danach frei und offen, weder der allindische Kongress noch die indischen Liberalen würden an der beabsichtigten anglo-indischen Konferenz teilnehmen, solange die englische Regierung nicht die volle Selbstverwaltung Indiens bekannt gegeben habe. In allen Klassen und Parteien Indiens herrsche grosses Misstrauen gegenüber den englischen Versprechungen. Eine Zusammenarbeit Englands mit dem indischen Volk sei unmöglich, solange nicht eine Verständigung mit Gandhi herbeigeführt sei. Die gemässigten Inder seien sehr erstaunt, dass die anglo-indische Regierung in den letzten Tagen nicht die Gelegenheit zu einem Kompromiss mit Gandhi benutzt hätte, das einzugehen er offen bekundet habe. Gandhi habe zu verstehen gegeben, dass er von seinen früheren Forderungen manchen Abstrich gemacht habe. Würde die anglo-indische Regierung den Dominion-Status für Indien als den Zweck der künftigen Konferenz garantieren, sowie eine Amnestie für die Gefangenen, so wäre Gandhi und der grösste Teil seiner Anhänger zweifellos bereit gewesen, den Aufruf zur Gesetzesübertretung zurückzuziehen. Der im Gefängnis sitzende radikale und indische Kongresspräsident Nehru, wäre mit seinen Freunden allein und in der Minderheit geblieben. Nachdem aber die Regierung die letzten Tage tatenlos habe verstreichen lassen, würden sich die liberalen und gemässigten Inder jetzt schnell den Radikalen nähern. Auch sie würden jede Teilnahme an der anglo-indischen Konferenz ablehnen, solange nicht die Selbstverwaltung Indiens garantiert sei. Wenn die anglo-indische Regierung an ihrem Plan festhalte, nur eine provinzielle Selbstregierung für Indien zu gewähren und keine indische Zentralregierung, so würde er, Sapru, nicht nach London gehen.

Das, so meldet der Sonderkorrespondent des "Daily Herald", seien die Worte Saprus gewesen, der seit langen Jahren in engsten Beziehungen zu dem Vizekönig stehe und der bisher treu in Verbindung mit der britischen Regierung gestanden habe. Der Sonderkorrespondent des "Daily Herald" fügt hinzu, dass nach seinen Erkundungen andere liberale Männer viel weniger entgegenkommend seien als Sapru. Die Haltung der mohammedanischen Radikalen nähere sich immer mehr der der Hindus. Zwar beständen Eifersucht und gegenseitige Verdächtigungen zwischen Gandhi und den mohammedanischen Führern, die grosse Mehrheit der Moslems wache jedoch emsig über die Ereignisse und erwarte den geeigneten Führer. Die Ereignisse in Peschawar und Bombay hätten bereits Verzweiflung in die mohammedanischen Reihen getragen und ein Teil von ihnen habe schon die Verbindung mit den Kongressindern aufgenommen. Teilweise sei die Befreiung Indiens von England bereits zu einem religiösen Symbol der Mohammedaner geworden.

Der Berichterstatter schildert dann eingehend die bei den Mohammedanern herrschenden Meinungsverschiedenheiten, aus denen hervorgehe, dass sich diese noch nicht zu einer einheitlichen Ansicht über die Lage durchgerungen hätten. Wie ihm Gandhi jedoch im Gefängnis auseinandergesetzt habe, sei der indische Führer bereit, die Wünsche der Mohammedaner zu erfüllen. Der Sonderkorrespondent schliesst seinen Bericht: "Wie auch die Lage in Indien betrachtet werden möge und welche Erscheinungen sie auch zurzeit zeitige, die erste und letzte

Frage in allen Lagern sei: "Bietet uns England den Dominion-Status an oder nur dessen Schatten, und wenn uns der Dominion-Status versprochen wird, wie lange wird es dauern bis wir ihn tatsächlich besitzen?" Von der Antwort hängt das Schicksal der anglo-indischen Konferenz ab und die gesamte Zukunft der Beziehungen Englands zu Indien."

---

SPD. Frankfurt/M., 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Hessischen Landtag teilte die Regierung am Mittwoch mit, dass in Hesser im Verlauf polizeilicher Durchsuchungen bei Nationalsozialisten in 28 Fällen 149 Hieb-, Schuss- und Stichwaffen gefunden worden sind. In 35 Fällen sei von diesen Instrumenten in übler Weise Gebrauch gemacht worden.

---

SPD. Der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin Scholtz hat die ungünstige finanzielle Entwicklung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) zum Anlass eines Feldzugs gegen die "rote Misswirtschaft" genommen. Wie jedes andere Unternehmen leidet die BVG unter der Ungunst der Wirtschaftslage. Die zunehmende Arbeitslosigkeit, die neue Benzinsteuer, erhöhte Strompreise und nicht zuletzt die letzte Erhöhung des Fahrpreises von 20 auf 25 Pfennige haben zu einem Einnahmeausfall geführt. Auf Grund der Einnahmeergebnisse im Monat Mai muss gegenüber einem im Januar und Februar 1930 aufgestellten Voranschlag mit einem Einnahmeausfall von 10 Millionen Mark für das Jahr 1930 gerechnet werden.

Der Verkehrsdezernent in Berlin, der sozialdemokratische Stadtrat Reuter, hat den heutigen Berliner Verkehr, der im Vergleich mit dem anderer Weltstädte als mustergültig anzusprechen ist, organisiert. Er hat die Fahrpreise auf erschwinglicher Höhe gehalten und durch den Einheitsfahrchein die Zurücklegung weiter Strecken bei billigsten Kosten ermöglicht, was gerade für die Berliner Arbeiterschaft von grösster Bedeutung ist. Der Berliner Verkehrsdezernent kann aber keine Wirtschaftskonjunktur machen. Er konnte auch nicht die Benzinsteuer oder die Erhöhung der Elektrizitätspreise verhindern. Anderer Auffassung scheint der stellvertretende Oberbürgermeister Scholtz zu sein. Am Dienstag wälzte er in einer Magistratssitzung die Schuld für die ungünstige finanzielle Entwicklung bei der BVG mir nichts dir nichts auf Reuter ab und sprach in diesem Zusammenhang von einer "Wirtschaft" bei der BVG, was der Kreditwürdigkeit Berlins, die sehr bald für die Reichshauptstadt von Bedeutung werden wird, nur schaden kann. Der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin wird sich davor hüten, den Beweis zu erbringen, dass er den Einnahmeausfall bei der BVG hätte vermeiden können. Die Sanierungspläne, die er in der Magistratssitzung andeutete, sind jedenfalls nicht dazu geeignet. So will Scholtz die Verkehrstarife weiter heraufsetzen, obwohl die vor einigen Monaten erfolgte Steigerung einen starken Verkehrsrückgang zur Folge hatte. Er will auch die II. Klasse in der Untergrundbahn, die Reuter abgeschafft hat, wieder einführen. Ferner soll der Einheitsfahrchein beseitigt werden.

Der Erfolg solcher Massnahmen wird ein weiterer Einnahmerückgang sein. Berlin kann seine Fahrpreise nicht mehr steigern. Die Tarifschraube ist jetzt schon überdreht. Wenn Scholtz trotzdem seine unbegründeten Angriffe gegen Reuter richtet, ohne sich mit diesem überhaupt über die Entwicklung bei der BVG verständigt bzw. besprochen zu haben, so muss das auf politische Gründe zurückgeführt werden. Man will hier wieder einmal das Beispiel "roter Misswirtschaft" konstruieren und denkt dabei wahrscheinlich schon an eventuelle Stadtverordnetenwahlen in Berlin. Diese Annahme wird durch das Echo bekräftigt, das die Angriffe von Scholtz in der rechtsradikalen Presse gefunden hat.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ist der Auffassung, dass

die von Scholtz geforderte Fahrpreiserhöhung nicht Tatsache werden darf. Darin befindet sie sich in Übereinstimmung mit den Verkehrssachverständigen bei der BVG. Sie ist weiter der Auffassung, dass der Einheitsfahrchein, der lebenswichtig für den Arbeitsverkehr ist, unter keinen Umständen fallen darf. Dagegen dürfte wohl eine Anpassung des Tarifs an die technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen geboten sein. Heute wird das teuerste, aber das kleinste Verkehrsmittel, der Omnibus mit seinem teuren Benzinmotor, in Berlin am meisten benutzt, die Untergrundbahn (billigerer Elektromotor) mit seinen niedrigen Betriebskosten dagegen vernachlässigt. Die BVG gedenkt diesen Schwierigkeiten abzuwenden, indem sie den Fahrpreis für die kurze Untergrundstrecke ermässigt und den für den Omnibus heraufsetzt. So ist die von Scholtz geforderte Fahrpreiserhöhung zu verhüten.

Am Mittwoch hat sich der Berliner Magistrat mit der ganzen Angelegenheit beschäftigt und sie einem Unterausschuss übergeben.

-----  
SPD. London, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus lehnte am Mittwoch die von dem Oberhaus zum Bergbaugesetz vorgeschlagenen Abänderungen mit 266 Stimmen der Arbeiterpartei und Liberalen gegen 112 Stimmen der Konservativen ab. Die Regierung erklärte in der Debatte, sie würde sich vom Oberhaus hinsichtlich des Bergbaugesetzes keinen i-Punkt rauben lassen.

-----  
SPD. Amsterdam, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Rotterdamer Kaufmann Lutki, der im Besitz eines Millionen-Vermögens des Berliner Stadtrats Busch sein soll, erklärte einem Vertreter des sozialdemokratischen Rotterdamer "Voorwaarts", dass an den Behauptungen der Berliner Presse kein wahres Wort sei. Er habe Busch 1919 kennen gelernt. Busch habe damals von ihm Lebensmittel für die Stadt Berlin bezogen. Im Jahre 1924 habe er Busch eine Vollmacht zugehen lassen, um eine private Angelegenheit für seine Frau zu regeln. Diese Vollmacht habe Busch nicht zurückgegeben, sondern missbraucht, um unrechtmässig erworbenes Geld mit seinem Namen zu decken, Unterschlagungen zu verbergen und Jahre hindurch Steuern zu hinterziehen. Er (Lutki) habe, ohne sein Wissen, viele Jahre als Strohhalm für die Geschäfte von Busch gedient. Auch sei es unwahr, dass er vergiftete Kaninchen an Deutschland geliefert habe. Er lehne daher auch die Verantwortung für die Forderung an Busch ab, die auf seinen Namen verbucht sei.

-----  
SPD. Köln, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes billigte am Mittwoch die Arbeiten des Bundesvorstandes und der Bundesschule. Dem Bundesvorstand wurde für seine zielklare und entschlossene Politik einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Einstimmig wurde ferner beschlossen, dass die Mitgliedschaft in der kommunistischen I.G. die Mitgliedschaft im Arbeiter-Turn- und Sportbund E.V. und seiner Bundesvereine ausschliesst. Alle Mitglieder und Vereine, die vom Bundesvorstand oder vom Bundesvorsitzenden ausgeschlossen wurde, bleiben nach einem Beschluss des Bundestages aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund und seinen Bundesvereinen ausgeschlossen. Anträge, die festgestellt wissen wollten, dass die Arbeiter-Turnzeitung eine Hetze gegen die KPD treibe und dass Reichsbanner-Sportabteilungen nicht in den Bund aufgenommen werden dürfen, wurden einstimmig abgelehnt. Einstimmig abgelehnt wurde ferner ein Antrag,

nach dem die Beziehungen zur KPD wieder aufgenommen werden sollen. Mit grosser Mehrheit wurde schliesslich der Beitritt des Bundes zum Reichsausschuss deutscher Jugendverbände beschlossen. Den Organisationskreisen erwächst daraus kein Zwang, diesem Ausschuss ebenfalls beizutreten. Der Beitritt liegt in ihrem eigenen Ermessen.

Das dritte Bundesfest findet im Jahre 1935 statt. Der Bundesvorstand wird dem nächsten Bundestag entsprechende Vorlagen unterbreiten.

-----  
SPD. Genf, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In der am Mittwoch abgehaltenen öffentlichen Schlussitzung der Federation für europäische Zusammenarbeit, welche der Jahresversammlung der Union der Völkerbundsvereinigungen vorangeht und seit Montag hier getagt hat, bekannte sich Dr. Breitscheid als überzeugter Anhänger des Briandschen Europa-Planes, mit dem Vorbehalt, dass die zu schaffende europäische Vereinigung ganz im Geist und Rahmen des Völkerbundes organisiert werde und sich in keiner Weise gegen irgend welche aussereuropäischen Staaten oder Staatengruppen richten dürfte. Scharfe Kritik übte Dr. Breitscheid an der fixen Idee der europäischen Sicherheiten, die am besten durch eine gute und möglichst einheitliche wirtschaftliche Organisation Europas gewährleistet werde. Er forderte eine Revision des überlebten Souveränitätsprinzips, an dessen Stelle immer bewusster das Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten gestellt werden müsse. Deutschland geniesse diese Gleichberechtigung (erzwungene Abrüstung und einseitige entmilitarisierte Zonen) immer noch nicht.

-----  
SPD. Wien, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Landarbeiter, der am Sonntag in Dunkelstein durch Heimwehrleute schwer verletzt wurde, ist am Mittwoch gestorben. Die anderen Opfer des Überfalls sind ausser Lebensgefahr.

-----  
SPD. Bombay, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Feierlichkeiten und Paraden anlässlich des Geburtstages des englischen Königs waren in Indien bisher ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges. In diesem Jahre wurden sämtliche öffentlichen Veranstaltungen von den Indern boykottiert.

-----  
SPD. Köln, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht in Köln verurteilte den 22jährigen Gärtner Hans Ammel am Mittwoch wegen verschiedener Bandenüberfälle auf rheinische Pfarrhäuser zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Der Angeklagte spielte im Gerichtssaal den Geisteskranken und nannte den Gerichtsarzt, der ihn untersucht hatte, einen meineidigen Menschen und einen Meuchelmörder.

-----  
SPD. Wien, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat dem Nationalrat am Mittwoch eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgelegt, durch die das bestehende Gesetz erheblich verschlechtert wird. U.a. soll die Versicherung der Saisonarbeiter der Regierung anheimgestellt werden.

-----

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Auswärtige Kommission der Kammer hat am Mittwoch das Ratifizierungsgesetz für den Beitritt Frankreichs zum allgemeinen Haager Schiedsgerichtsverfahren einstimmig genehmigt. Danach sind von dem Schiedsgerichtsverfahren jene Streitigkeiten ausgenommen, die "das Völkerrecht ausschliesslich der Kompetenz der Regierungen überlässt". Ausserdem betont die französische Regierung, dass das Schiedsgericht bei seinen Urteilsprüchen sich "obligatorisch an den durch die bestehenden Verträge geschaffenen Rechtszustand halten müsse".

Der sozialistische Abg. Grumbach verlangte im Verlauf der Beratungen, unterstützt von Herriot, die Streichung der Einschränkungen, damit der Beitritt Frankreichs zum Schiedsverfahren klar zum Ausdruck komme. Er verzichtete später jedoch auf seinen Antrag, um die Erledigung des Gesetzes nicht zu verzögern.

---

SPD. In den Beratungen, die in den letzten Tagen zwischen führenden Kreisen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und den Gewerkschaften stattgefunden haben, sieht ein Teil der Unternehmerpresse eine Art neuer Zentralarbeitsgemeinschaft. Der praktische Ausgangspunkt der neuen Arbeitsgemeinschaft soll der Oeynhausener Schiedsspruch sein, der ein Opfer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenindustrie zur Ermöglichung einer Kosten- und Preissenkung vorsehe.

Diese beiden Kombinationen sind völlig abwegig. Eine neue Arbeitsgemeinschaft ist von beiden Seiten von vornherein ausserhalb der Diskussion gestellt worden, und der Oeynhausener Schiedsspruch wurde bei den Beratungen bisher überhaupt nicht erwähnt. Die Verhandlungen, die von Vertretern der Industrie eingeleitet wurden, hatten den Zweck, durch einen gemeinsamen Appell an die Öffentlichkeit, möglichst getragen von der Autorität des Reichspräsidenten, fördernd auf die Ankurbelung der Wirtschaft einzuwirken. Die Bereinigung des Etat die Behebung der Notlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und damit zugleich eine dauernde Einschränkung der Arbeitslosigkeit waren Gegenstand eingehender Besprechungen. Die Einzelheiten sollten in weiteren Beratungen geklärt werden. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck gegen eine Senkung der Reallöhne gewandt und für durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere der Kartellpreise, ausgesprochen.

Die Aktion wurde dadurch unterbrochen, dass der Reichsverband der deutschen Industrie noch zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangen konnte.

---

SPD. London, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch ist der bei dem Attentat in der Universität Cambridge verwundete Kriminalpolizist ebenfalls seinen Verletzungen erlegen. Damit hat das Attentat drei Todesopfer gefordert.

---

SPD. Bern, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der schweizerische Nationalrat hat am Mittwoch nach heftiger Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einen Kredit von 20 Millionen Franken zum Ankauf von 105 Jagdflugzeugen bewilligt.

---

SPD. Hamburg, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Vor dem Hamburger Seeamt begann am Mittwoch der Prozess gegen die Schiffsführer des Dampfers "Falke", der durch seine Rebellenfahrt nach Venezuela bekannt geworden ist.

Das Seeamt hat sich mit allen ihm zu Gebote stehenden juristischen Bedenken gegen die Durchführung des Prozesses gesträubt. Schon vor längerer Zeit war Verhandlung auf Grund des alten Seeunfallgesetzes von 1877 angesetzt worden, weil der dritte Offizier auf der Fahrt den Tod erlitten haben sollte. Als sich schliesslich herausstellte, dass der dritte Offizier noch lebte, wurde die Verhandlung prompt abgesetzt. Es bedurfte erst des energischen Eingreifens des Reichsverkehrsministers, um das Hamburger Seeamt zur Einleitung eines Verfahrens zu zwingen. Auch dann zögerte das Seeamt die Ansetzung eines Termins hinaus, bis die Schwurgerichtsverhandlungen, die im April stattfanden, abgeschlossen waren. Diese Verhandlungen bilden jetzt den Hintergrund des Prozesses vor dem Seeamt.

Die Angeklagten und Zeugen des damaligen Strafprozesses treten wieder als Zeugen auf. Ob die Hauptbeteiligten, vor allem der unrühmlich bekannt gewordene Kapitän Zipplitt, in den Anklagezustand versetzt werden, wird sich erst aus dem Verlaufe der Verhandlungen ergeben. Darüber entscheiden das Seeamt und der Reichskommissar. Die juristische Grundlage für die Durchführung des Verfahrens vor dem Seeamt bildet die vorübergehende Beschlagnahme des Dampfers "Falke" in dem englischen Hafen Port of Spain und die Verwundung des Waffenmeisters Zuka.

Die Verteidiger setzten gleich zu Beginn des Prozesses alles daran, das Verfahren zu Fall zu bringen. Sie erklärten das Eingreifen des Reichsverkehrsministers für unstatthaft, weil bei dem Putsch kein Unfall auf dem Dampfer "Falke" im Sinne des Seeunfallgesetzes vorgekommen sei. Der Reichskommissar beantragte Abweisung dieses Antrags. Dem wurde von dem Seeamt entsprochen. Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten.

---

SPD. London, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Umgruppierung innerhalb der Arbeiterregierung ist noch nicht beendet. Die Verhandlungen darüber dauern im Schosse des Kabinetts noch an.

Der inzwischen in das Oberhaus entsandte Landwirtschaftsminister Buxton hat den Wunsch geäußert, sein Amt aufgeben zu können, um sich völlig seinen Aufgaben im Oberhaus zu widmen. Als Nachfolger Buxtins wird Dr. Addison, bisher parlamentarischer Sekretär im Landwirtschaftsministerium, genannt. Für den bereits zurückgetretenen Bergbauminister Ben Turner wird der Arbeiterabgeordnete Smith als Nachfolger genannt. Auch mit dem Rücktritt von Sidney Webb, der bisher die Kolonien und Dominien verwaltete, muss gerechnet werden.

Die Machtbefugnisse des bisherigen Ministers für Arbeitsbeschaffung Thomas werden voraussichtlich einem Ministerrat unter dem Vorsitz von Mac Donald übertragen.

## Spionagerummel in Rumänien.

(Von unserem Bukarester Korrespondenten.)

SPD. Bukarest, im Juni (Eig. Bericht)

In einen wahren Abgrund von Verkommenheit und Bestialität lassen die Kulturwelt die Enthüllungen Bessadowskis, des früheren Sekretärs der russischen Botschaft in Paris blicken. Bessadowski hat seinerzeit der Aufforderung der Sowjetregierung, nach Moskau zurückzukehren, nicht Folge geleistet und ist deshalb in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Er nimmt nun kein Blatt vor den Mund und veröffentlicht über die Machenschaften der Sowjetdiplomatie in Pariser Blättern Dinge, die als Dokumente jenes Machiavellismus anzusehen sind, der in der auswärtigen Politik Russlands heute ausgeprägter ist als jemals und der den Auskunftsmitteln der kapitalistischen Staaten in nichts nachsteht, ja sie vielfach übertrifft.

Schon seit Tagen berichten Pariser Meldungen, dass ein höherer Beamter der rumänischen Siguranza, der politischen Polizei, von einer Sowjetspionin umgarnt, wichtige Informationen und die Geheimschrift der rumänischen Regierung verraten habe. Das Bukarester Ministerium des Innern hat eine strenge Untersuchung angeordnet. Ein Beamter der Zentralstelle der Polizei wurde nach Paris entsandt, um mit Bessadowski in Verbindung zu treten und von ihm nähere Auskünfte zu verlangen, die Bessadowski jedoch schroff verweigerte. Der Generaldirektor der Bukarester Polizei wurde nach Kischinew in Bessarabien geschickt, wo er z. Zt. Untersuchungen nach dem Verbleib des abhandengekommenen Chiffreschlüssels vornimmt. Die eigentliche Grundlage dieser Untersuchungen und der allgemeinen Bukarester Sensation ist ein Artikel Bessadowskis, den er in einem Pariser russischen Blatte veröffentlicht hat. Der Artikel bringt Enthüllungen erschütterndster Art.

Bessadowski schildert ein Gespräch im Verlaufe einer Pokerpartie bei dem russischen Botschafter in Paris, Dowgalewski. Dieses Gespräch ist höchst aufschlussreich. Bessadowski schreibt: "Eines Tages fand ich Janowicz (ein bekannter Sowjetagent, dem auch die Entführung des Generals Kutiepow zugeschrieben wird) bei Dowgalewski Poker spielen. Er war sehr nervös, da er Pech und an Dowgalewski einige tausend Francs verloren hatte. Ich bemerkte ironisch, er habe keinen Grund zum Arger, da es genug Dummköpfe gebe, die Chiffren unentgeltlich verkaufen. Janowicz entgegnete bitter: "Was hab ich mit dieser unentgeltlichen Chiffre gewonnen! Nur tausend Dollar....." "Da gibt es in unserer Gesandtschaft einen Jungen, der mit einigen Rumänen ganz anderes Glück gehabt hat. Es ist ihm gelungen, sich mit Hilfe einer Frau an den Chef der rumänischen Polizei von Bessarabien heranzumachen und jetzt hat dieser Junge in seinen Händen alle rumänischen Chiffren und erhält und entziffert mit Leichtigkeit auch die geheimsten Informationen über alles, was in Bessarabien und in Rumänien vorgeht." Sehr verwundert über diese Enthüllung stellte ich an Janowicz mehrere Fragen, die Letzterer, durch die Anregungen des Pokerspieles und mehrere Gläser Wodka gesprächiger gemacht, mir beantwortete. Ich fragte ihn: "Ist es möglich, dass den Rumänen die Tatsache entgeht, dass einer der führenden Chefs der Polizei für die G.P.U. der Sowjets arbeitet?"

Janowicz brach in ein Gelächter aus: "Sie kennen ihn nicht. Das ist ein Kerl, den niemand packen wird. Er hat buchstäblich ganz Bessarabien durchgepeitscht. In seinem Kabinett foltert er die verhafteten Kommunisten und zieht ihnen buchstäblich die Haut ab. Wie könnten also die Rumänen auf den Gedanken verfallen, dass ein solcher Kerl unser geheimer Mitarbeiter sei?" Ich blieb wie erstarrt stehen. Ein geheimer Mitarbeiter der G.P.U., der die rumänischen Kommunisten foltert: dies konnte man nur eine satanische Erfindung nennen. Ich sagte Janowicz, dass ich derartige Tatsachen als eine wahre Schande für das Sowjetregime ansehe. "Lassen Sie diese Possen", entgegnete Janowicz, "wissen Sie, was es bedeutet, einen Mitarbeiter zu haben und was solche Dienste

Wert sind? Wir von der G.P.U. werden ihn ersuchen, noch mehr rumänische Kommunisten zu misshandeln, nur damit er seine Arbeit für uns fortsetze. Wenn die Revolution in Rumänien ausbricht, werden wir ihn von rumänischen Kommunisten an die Wand stellen lassen und ihn nicht verteidigen. Inzwischen aber leistet er in objektiver Weise reine revolutionäre Arbeit durch die Tatsache, dass er uns bedient und sogar den Bauern die Haut herunterschindet. Dank seinen Informationen kennen wir sogar die Personen, mit denen die Gattin unseres Gesandten in Paris zu tanzen pflegt." Hier sah Janowicz Dowgalewski an, der tief errötete. Janowicz fuhr fort: "Die Gattin des Botschafters tanzt mit einigen rumänischen Diplomaten und wir von der G.P.U. sind darüber informiert. "Doch nicht nur dies. Die rumänische Polizei tauscht ihre Informationen mit denen der Informationsbüros anderer Länder aus, wir erhalten daher auf diesem Wege Informationen, die Hunderttausende von Dollars kosten müssten. Sie aber sprechen da von einigen geschundenen bessarabischen Bauern, als ob Grosses daran wäre. Dies sind nur einige Nebensächlichkeiten in unserer Arbeit und nichts anderes."

Wer ist der Patentpatriot und Ordnungshüter ersten Ranges, der in Rumänien Kommunisten schinden liess, weil sie die Sicherheit des Staates untergraben und gleichzeitig aus den niedrigsten Motiven, um Geld und Frauen, den gleichen Staat, den er zu schützen vorgab, an Russland verriet? Es ist aller Voraussicht nach der frühere Chef der Polizei in Bessarabien Husarescu, der inzwischen im Zusammenhange mit den sensationellen Enthüllungen Bessadowski's verhaftet worden ist. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, dass Husarescu während seiner Tätigkeit als Polizeichef in Kischinew für 12 Beamten, die überhaupt nicht bedienstet waren, das Gehalt einkassierte und für eigene Zwecke verwandte. Ausserdem unterhielt er enge Beziehungen zu den Sowjets, denen er gegen hohes Entgelt wertvolle Spionage-Dienste leistete. Man stellte weiter fest, dass der Verhaftete in Boureni eine mit unerhörtem Luxus ausgestattete Villa besitzt und sich im Besitze eines Markenalbums im Werte von 3 Millionen Lei befindet. Alles das konnte er sich unmöglich von seinem Gehalte anschaffen. Husarescu hat ferner einen gefährlichen russischen Spion, der ihm vom Generalstab zwecks Vernehmung zugeführt worden war, entkommen lassen.

Der Abgeordnete der rumänischen Kammer Dan Zaharia wird in einer der nächsten Sitzung des Parlaments eine Anfrage über die immer unhaltbareren Zustände in der rumänischen Polizei einbringen und die Regierung speziell über die Enthüllungen Bessadowski interpellieren. Die Interpellation wird in einer geheimen Sitzung erörtert werden.

-----

SPD. Frankfurt/M., 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf der Eröffnungsversammlung der deutschen Wohnungstagung, die hier am Mittwoch begann, lehnte der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer in seinem Referat "Die Zukunft der Wohnungswirtschaft" die Aufhebung der Zwangswirtschaft ab. Sie könnte erst erfolgen, wenn Deutschland wieder einen Wohnungsmarkt habe. Dann dürfe allerdings nicht übersehen werden, dass ein soziales Mietrecht nötig werde, das den Mieter schütze. Hirtsiefer forderte schliesslich die Ausbildung der Wohnungsaufsicht und der Wohnungspflege und betonte, dass heute leider noch vielfach für die schlechtesten Wohnungen die höchsten Mieten zu zahlen wären. Die Neubautätigkeit könne nur dann gehoben werden, wenn weiterhin Hauszinssteuerhypotheken zur Verfügung gestellt, die Baukosten mit gesetzlichen Mitteln verringert und das Baukapital beschafft werden könne.

-----

# Aus aller Welt

Halb röhliche Pfingsten!

(Berlin vor dem Fest - Arbeitslosen Hoffnungen, Reisefieber und "Wannseeligkeit")

SPD. Berliner Pfingsten Die Stadt der vier Millionen rüstet, zwei Tage der Ruhe und der Ausspannung zu begehen. Die Freuden der Erholung sind allerdings recht verschieden verteilt: wer viel Geld hat kann es sich leisten, nach Heringsdorf zu fahren oder vielleicht auch einen kleinen bekömmlichen Abstecher in die Schweiz zu machen -, wer mit einem schmalen Geldbeutel rechnen muss, kauft sich die "1000 Wege um Berlin" und wandert nach Absolvierung der Vorortbahn in die nähere Umgebung. ..

Eine grössere Anzahl Hotels sind schon jetzt ausverkauft. Ein sehr repräsentatives Haus, das mit recht würdevollen Gästen, die über sehr dicke Brieftaschen verfügen, zu rechnen pflegt, zeigt dem Interviewer nicht ohne Stolz eine stattliche Anmelde-Liste, in der sämtliche europäischen Hauptstädte und auch die grossen der neuen Welt vertreten sind. Ein amerikanischer Bankier hat, von wildem Kunstenthusiasmus ergriffen, gleichzeitig mit seiner Anmeldung einen kleinen Scheck überwiesen, der zum Ankauf von Theaterkarten für sich und seine Familie verwandt werden soll. "Der Mann hat etwas von Festspielen läuten hören", sagt der Portier etwas lächelnd, schade, dass er die grösste Sensation, den Pirandello-Skandal im Lessingstheater, schon versäumt hat..."

Der Berliner aber, soweit er die Ausschüttung des Heiligen Geistes im näheren Umkreis der Steine und Fabriken zu erleben gedenkt, begeht das Pfingstfest auf andere Weise als der versnobte amerikanische Bankier mit seiner etwas fatalen Festspielbegeisterung. In der Hasenheide, am Wedding, in den Wasserlokalen von Treptow, überall da, wo es Berliner Weisse mit und ohne Schuss gibt, versammeln sich die Einheimischen zu kannibalischer Früherstunde um 5 oder um 6 Uhr, um das Frühkonzert zu hören. Oft wird das Frühkonzert zum Frühlärm, insbesondere dann, wenn sich zwei Vereine in edlem Musizierwettbewerb ein Stelldichein geben. Manchmal wird da das Sängerringen auf der Wartburg kopiert, wobei zwei allerdings sehr gemischte Chöre mit hemmungsloser Lungenkraft gegeneinander ankämpfen. Das Rose-Theater, Berlins bekanntestes Volkstheater, wartet mit einer besonderen Attraktion auf. Um 6 Uhr morgens will man die Berliner mit einer Riesenvaritéschau und einem kleinen Feuerwerk beglücken. Wenn das nicht ziehen soll...

Mehr von sozialer, als von amüsanter Bedeutung ist Pfingsten für die Arbeitslosen, von denen ein Teil an diesen Tagen als Aushilfskellner in den Wasser- und Waldlokalen in der Berliner Umgebung tätig sind. Natürlich ist das Angebot weit grösser als die Nachfrage, und viele, die hier mit einem ganz netten Verdienst gerechnet hatten, müssen enttäuscht wieder abziehen. Für Tausende ist an diesen beiden Tagen ausgesorgt. Aber wieviel Not offenbart sich da! Ein junger Mensch, der in einem Havellokal für Pfingsten Arbeit bekommen hat, muss von Pontius zu Pilatus laufen, um das Geld für das notwendige Leihen der vorgeschriebenen Kellnerkleidung zusammen zu bekommen. "Ich weiss nicht, was ich machen soll" meint er verzweifelt, "30 Eier könnte man an den beiden Tagen verdienen und nun hat man die paar lumpigen Heller nicht, um sich die Schale zu leihen - -"

Im "MER", dem Mitteleuropäischen Reisebüro, herrscht Hochbetrieb. Man-

cher Reiselustige fragt mehr, als hundert Weise beantworten können. Bewunderungswürdig ist, mit welcher Ruhe und engelhafter Geduld die Beamten der "MER" selbst auf die weitschweifigsten Fragen hoffnungsloser Umstandskrämer eingehen. "Aho hören Sie doch bitte", sagt eine ältliche Dame, die in unverständlicher Erregung so tut, als ob sie sich für eine Nordpolexpedition vorbereiten müsse, "wenn ich Pfingsten nach Goslar fahre, wie, wo und wann fahre ich da eigentlich?" Worauf der Beamte das Kursbuch zieht, einen flüchtigen Blick hineinwirft und wie ein Automat ein halbes Dutzend Züge, Anschlüsse und Rückverbindungen von sich gibt. Aber die ältliche Dame hat noch immer nicht verstanden. Der Beamte wiederholt einmal, wiederholt zweimal, die ältliche Dame kommt vom Hundertsten ins Tausendste, und hinten murrte die Menschenschlange schon recht vernehmlich. Nachdem die Dame eine Stunde lang belehrt worden ist, erklärt sie seufzend: "Ach wissen Sie was, die Reise ist mir zu umständlich, ich werde Pfingsten doch bloss zu meiner Schwägerin nach Potsdam fahren. Da ist ja jetzt auch genug los."

Das kann man wirklich flüstern....

Anhalter Bahnhof, Bahnhof Friedrichstrasse und Stettiner Bahnhof melden bereits eine Verstärkung des Verkehrs; für den Pfingstfreitag und besonders Sonnabend wird mit einer gewaltigen Steigerung der Reiseziffern gerechnet. Eine Anzahl Sonderzüge sollen je nach Bedarf eingesetzt werden. "Da werden wir wohl gewaltig schuften müssen, damit sich die anderen amüsieren können" sagt ein Bahnbeamter, nicht ohne eine gewisse Bitterkeit....

+

Und noch einer rechnet mit ganz grossem Besuch. Das ist Vater Clajus, der in weitesten Kreisen bekannte und beliebte Direktor des riesigen Wannseefreibades, das gerade noch, genau wie die anderen grossen Freibäder in der Umgegend Berlins - besonders auch das Müggelseebad -, rechtzeitig zur Sommersaison fertig geworden ist. Zwei prachtvolle Sonntage in lichtestem Glanz und wohliger Wärme hat das neue Wannseefreibad nun schon hinter sich. Das erste Mal waren etwa 25 000 Berliner draussen, das zweite Mal 37 000. Pfingsten aber erwartet man, vorausgesetzt, dass der Wettergott hält, was die Zeitungen versprechen: hunderttausend.....

Vater Clajus strahlt, wie die Sonne, die er sich wünscht: "Von mir aus mögen sie kommen, ich habe ein weites Bad und ein weites Herz!"

Terry.

+ + +  
28 Calmette-Tote in Lübeck. Die Zahl der Lübecker Calmette-Opfer hat sich auf 28 erhöht. Die Zahl der Wiedergesundungen hält leider mit dieser Trauerstatistik keinen Schritt. Es ist zu befürchten, dass die Totenziffer mindestens noch bis Mitte Juli unaufhaltsam ansteigen wird, da die Fütterungen bis zum 26. April des Jahres vorgenommen wurden, und ihre Wirkung sich erst nach 2 bis 3 Monaten bemerkbar macht. Ein wirksames medizinisches Gegenmittel gibt es leider noch nicht. Fraglich ist auch, ob diejenigen Kinder, die am Leben bleiben, nicht irgend einen schweren Schaden erleiden. Zurzeit weilt eine Kommission englischer Aerzte in Lübeck, um sich über die Katastrophe zu informieren.

+ + +  
Ein neuer Komet. Ein Amateurastronom in Johannesburg (Südafrika) entdeckte einen neuen Kometen neunter Grösse, der sich in noch nicht genau festgestellter Richtung mit ungeheurer Schnelligkeit durch den Weltenraum bewegt. Der staatliche Astronom Wood bestätigte die Entdeckung.

+ + +  
Brandt für Frenzel. Die Mitverteidigung des wegen Blutschande zu eineinhalb Jahren verurteilten Amtsvorstehers Frenzel aus Bornim bei Potsdam hat anstelle des ausgeschiedenen Justizrat Josephsohn nunmehr der aus dem Jakobowski-Prozess bekannte Rechtsanwalt Brandt übernommen. Die Berufungsverhandlung soll nach einer Erklärung des zuständigen Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig, noch

vor den Gerichtsferien stattfinden. Da das Potsdamer Gericht ausserordentlich überlastet ist, werden Hilfsrichter angefordert werden müssen.

+ + +  
Katastrophe auf dem Bodensee. Durch einen plötzlich ausbrechenden Sturm kenterte auf dem Bodensee ein mit sechs Personen besetztes Segelboot. Der 30 jährige Schlosser Gasse und eine einige Jahre jüngere Frau Julie ertranken. Die vier anderen Insassen wurden von Mitgliedern eines Segelklubs nach schwerer, lebensgefährlicher Arbeit gerettet.

+ + +  
Der Kassierer seiner selbst. Eine wahrhafte Köpenickiade ereignete sich in Köln anlässlich der "Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft". Im Laufe der vergangenen Woche ist die Leitung der Ausstellung von einem Mann angerufen worden, der von sich behauptete, der Regierungspräsident zu sein. Dieser "Regierungspräsident" bat, dem Hauptmann a.D. Hans Werner bei der Ausstellung irgendeine möglichst gut bezahlte Stellung anzuweisen. Die Ausstellungsleitung, erfreut, dem Regierungspräsidenten gefällig sein zu können, sagte zu und stellte den bald darauf sich meldenden Hauptmann a.D. Werner als Kassierer an. Drei Tage lang kassierte Werner treu und brav und lieferte alle seine Einnahmen ab, am dritten Tage, als das Geschäft besonders lohnend war, brannte er mit der ganzen Tageseinnahme durch....

+ + +  
Der Vesuv arbeitet. Professor Maladro, der Direktor des Vesuv-Observatoriums teilt mit: "Der Jahrestag des verhängnisvollen Ausbruchs vom 2. bis 9. Juni 1929, dessen Lava das Städtchen Terzigno erreichte, wird in diesen Tagen vom Vesuv durch starke rollende Explosionen und häufige Fontänen glühender Schlacken begangen. Diese Fontänen, die nachts in der ganzen Champagne sichtbar sind, kündigen den üblichen Frühjahrsfieberschauer des Vulkan an, der diesmal hoffentlich weniger heftig sein wird als im vorigen Jahre."

+ + +  
Blutschande - Zwangsarbeit. Das Pariser Schwurgericht verurteilte einen 34 jährigen Arbeiter, der wegen Sittlichkeitsverbrechen verschiedentlich vorbestraft ist und diesmal beschuldigt war, sich an seiner 2½ jährigen Tochter vergangen zu haben, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

+ + +  
Säugling als Rauschgiftopfer. Eine Schauspielerin in Alexandrien, die, wie ihr Gatte, dem Genuss von Heroin ergeben war, erschien verzweifelt vor verschiedenen Aerzten, da das von ihr genährte Kind an krampfartigen Zuckungen litt. Diese Erscheinungen hörten immer erst auf, wenn der Säugling die Brust erhielt. Eine Untersuchung ergab, dass die Milch infolge des Lasters der Mutter mit dem Heroin infiziert war und der Säugling sich so an das Rauschgift gewöhnt hatte, dass es ihm gewissermassen "Notwendigkeit" war. Vater, Mutter und Kind entziehen sich jetzt in einem stattlichen "Sanatorium zur Behandlung von Rauschgiftopfern" in Kairo einer Kur, die, wie es heisst, von Erfolg begleitet sein soll.

+ + +  
Berufung der Brüder Sass. Die kürzlich vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zu vier Wochen Gefängnis verurteilten Brüder Sass haben gegen das Urteil Berufung einlegen lassen. Auch der Staatsanwalt hat inzwischen Berufung angemeldet.

+ + +  
Mord und Brandstiftung. Unbekannte Täter haben in dem französischen Dorfe Arbret (Departement Pas de Calais) einen Briefträger, seine Frau und seine Tochter durch Beiliebe ermordet und daraufhin das Haus des Briefträgers angezündet. Das Haus brannte ab, die Leichen blieben unversehrt.

+ + +

## Blumenthals 60. Geburtstag.

(Krebsforscher wider Willen.)

SPD. Am 5. Juni vollendet Geheimrat Professor Ferdinand Blumenthal, Direktor des Instituts für Krebsforschung an der Universität Berlin, einer der namhaftesten Krebsforscher unserer Zeit sein 60. Lebensjahr.

Es gibt wohl kaum noch ein Land, das von den Leistungen des grossen Krebsforschers nicht profitiert. Blumenthal brachte mit den Ergebnissen seiner Arbeit Tausenden von Kranken Hilfe und neue Hoffnung.

Wie so viele grosse Wissenschaftler ist auch Blumenthal erst auf Umwegen zu jenen Arbeiten gekommen, die ihm später Lebensinhalt wurden. Die Krebsforschung ist ihm nur gegen seinen Willen gleichsam aufgezwungen worden. Ueber diese Wege und Wandlungen erzählt er unserem Mitarbeiter: "Als junger Assistent interessierte ich mich in erster Linie für psychologische Vorgänge des Stoffwechsels, und nicht im entferntesten dachte ich daran, mich speziell der Krebsforschung zuzuwenden. Ich war daher höchst unglücklich, als mir eines Tages Professor v. Leyden, dem ich als chemischer Assistent zugeteilt war, den Auftrag gab, den chemischen Wirkungen der Krebsbakterien nachzuforschen. Geheimrat v. Leyden ging damals daran, eine besondere Abteilung für Krebskranke in seiner Klinik einzurichten, und gerade als er verreist war, kam die ministerielle Genehmigung mit der Aufforderung, sofort mit den Vorarbeiten zu beginnen. Mir blieb also, als Geheimrat v. Leydens Vertreter, nichts weiter übrig, als die Pläne auszuarbeiten, die auch von dem zuständigen Ministerialdirektor genehmigt wurden. Immer noch war mein Verhältnis zur Krebsforschung sehr lose. Doch kam mit der Fähigkeit das Interesse und die Einsicht von der enormen Wichtigkeit einer planmässigen Krebsbekämpfung. Im Jahre 1916 bekam ich eine Berufung an das Institut für Krebsforschung. Diese wichtige Anstalt bestand damals aus zwei Baracken! Es fehlte am Notwendigsten zu ihrem weiten Ausbau. Ich machte Verbesserungsvorschläge; sie wurden befolgt. Als Geheimrat Orth 1923 die Leitung des Instituts niederlegte, wurde ich sein Nachfolger."

Der 60 jährige steht noch heute mitten in seiner Arbeit. Mit jugendlicher Leidenschaft und ungebrochenem Zielwillen kämpft er für die Vollendung seiner gross angelegten Pläne. Er will das schaffen, was heute für die Krebsbekämpfung am notwendigsten ist - und was trotzdem nur von den Wenigsten ernsthaft erstrebt wird: eine Organisation. Planmässige Verteilung der deutschen Radiumvorräte, planmässige Fürsorge für die Krebsleidenden, planmässige Erfassung der entstehenden Krankheit in einem Stadium, in dem "es noch nicht zu spät ist", und vor allem systematische Ausbildung von Krebsärzten und Hilfspersonal, Errichtung neuzeitlich ausgestatteter Krebsbaracken, Schaffung von Krebsinstituten, die quantitativ und qualitativ zulänglicher sind, als die heutigen.

Mit anderen Worten: Zu den wissenschaftlichen Forschungen, die heute das Lebenswerk des grossen Gelehrten krönen, der die Menschheit bestimmt mehr beglückt hat, als Generäle und Kapitäne es je taten, sucht der Arzt heute die Möglichkeiten praktischer Anwendung. Theorie ist viel, Theorie und Praxis sind Alles. Die grössten medizinischen Entdeckungen sind erst dann vollwertig, wenn sie ganz allgemein in der Krankenbehandlung Anwendung finden können. Gerade auf dem Gebiete der Krebsforschung ist ja noch viel zu tun.

In herrlicher Weise zeigt sich am Leben Blumenthals und an seinem Mühen um Theorie und Praxis das faustische Ringen um Totalität, um letzte Vollkommenheit. Dass dem grossen Mann und Menschenfreund die Rundung seines Lebenswerks gelingen möge, ist der schönst Wunsch, den man ihm heute aussprechen kann

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Gefahr im Verzug!

Erweitert die Krisenfürsorge.

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einem an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreiben dringend die Erweiterung der Krisenfürsorge gefordert. Das vom 4. Juni 1930 datierte Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr Minister!

Die tägliche Zunahme der Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen sowie auch die Tatsache, dass immer mehr Arbeitnehmer nicht mehr die Möglichkeit haben, überhaupt eine Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung zu erfüllen, geben uns Veranlassung, die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Krisenunterstützung erneut zu betonen. Es kann unseres Erachtens nicht die Absicht der Reichsregierung sein, das Heer der Hunderttausende von Arbeitslosen, deren Versorgung durch die Arbeitslosenversicherung nicht gewährleistet ist, seinem Schicksal in der kommunalen Wohlfahrtspflege zu überlassen, zumal ja auch Ihnen, Herr Minister, bekannt sein dürfte, dass zahlreiche Kommunen heute an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind und ihren Verpflichtungen, die ihnen die Fürsorgepflichtverordnung auferlegt, in absehbarer Zeit nicht mehr in vollem Umfange werden nachkommen können.

Wir erhalten es daher für unbedingt erforderlich, dass dieses ausserordentlich ernste Problem alsbald zum Gegenstand einer eingehenden Aussprache zwischen Ihnen und den Vertretern der Gewerkschaften gemacht wird und zwar in einem Zeitpunkt, der eine Berücksichtigung der notwendigen Verstärkung der für die Zwecke der Krisenunterstützung im Reichsetat vorgesehenen Mittel noch zulässt.

Wir wären daher sehr dankbar, wenn Sie baldmöglichst einen Termin benennen wollten, an dem eine solche Aussprache zwischen Ihnen und uns stattfinden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Bundesvorstand  
Grassmann.

+ + +  
Mit der Erweiterung der Krisenfürsorge ist keine Zeit mehr zu verlieren. Von den Städten kommen bereits Warn- und Alarmrufe. Viele Gemeinden werden in einigen Wochen keine Wohlfahrtsunterstützung mehr zahlen können. Was das bedeutet, braucht nicht näher erläutert zu werden. Die Situation für die Gemeinden ist höchst kritisch, denn die Wohlfahrtslasten gefährden jeden Stadthaushalt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, hat daher am Mittwoch vor den Vertretern der Berliner und der auswärtigen Presse mit allem Nachdruck auf den ungeheuren Ernst der finanziellen Lage der Gemeinden hingewiesen. Er führte aus: Die Finanzlage aller deutschen Gemeinden steht völlig unter dem Zeichen des katastrophalen Anwachsens der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen. Während die Länder von jeder finanziellen Sorge um die Folgen dieser Wirtschaftskrise überhaupt befreit sind, während das Reich über die Vermittlung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sein Risiko immerhin durch die Bestimmungen über Anwartschaftszeit und Dauer der Unterstützung begrenzt hat,

sind die Gemeinden ohne Einschränkung dem Ansturm der Wohlfahrtserwerbslosen ausgesetzt, der jetzt in ständig steigendem Masse über sie hereinbricht. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern hat sich in der Zeit vom 31. Januar bis 30. April des Jahres die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von 271 000 auf 328 000 fortlaufend gesteigert, während die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge in der gleichen Zeit von 1 047 000 auf 1 028 000 zurückgegangen ist. Ein ganzes Drittel der Zahl der Versicherungsunterstützten muss heute als Wohlfahrtserwerbslose in vollem Umfang von den deutschen Kommunen unterhalten werden. Diese Zahl muss in den nächsten Wochen und Monaten weiter steigen und auch dann, wenn die Empfänger der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung infolge einer saisonmässigen Belebung der Konjunktur abnehmen werden. Für die Gesamtheit der Städte und Landgemeinden ergibt sich bei vorsichtiger Schätzung nach dem gegenwärtigen Stande eine Mehrbelastung durch Wohlfahrtserwerbslose mit etwa 300 bis 350 Millionen Mark. Eine Mehrbelastung, die sie bei Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung im Oktober 1927 nicht zu tragen hatten. Diese Entwicklung hat insbesondere in der Mehrzahl der deutschen Grosstädte ein solch schnelles, zum Teil rasendes Tempo eingeschlagen, dass, wie genaue Feststellungen ergeben haben, in ihnen die im Februar und März aufgestellten und balancierten Haushaltspläne für das Jahr 1930 schon jetzt über den Haufen geworfen worden sind. Ungedekte Fehlbeträge von nie gekanntem Ausmass sind selbst in den bestgestellten Städten unausbleiblich. Eine auch nur noch wenige Monate anhaltende Fortdauer des jetzigen Zustandes muss bei zahlreichen Gemeinden ernste Krisenerscheinungen hervorrufen. Kultur und Wirtschaft der deutschen Städte sind unmittelbar gefährdet. Noch nie war die finanzielle Lage der Städte seit dem Kriegsende so ernst wie in der gegenwärtigen Stunde.

Aus finanziellen wie aus inneren organisatorischen Gründen ergibt sich mit gleicher Dringlichkeit die Forderung, die die Städte bereits wiederholt gegenüber Reichsregierung, Reichstag und Öffentlichkeit vertreten haben, dass die Reichsarbeitslosenversicherung alle Lasten der Erwerbslosigkeit im Wege einer zeitlichen, örtlichen und personellen Erweiterung der Krisenfürsorge übernimmt und dadurch im gleichen Umfange die Gemeinden entlastet.

---

SPD. Arbeit Nordwest hat bei dem Reichsarbeitsminister Verbindlichkeits- erklärung des Oeynhausener Schiedsspruchs beantragt. Die Verhandlungen hierüber beginnen am Donnerstag nachmittag.

---

SPD. Der Gesamtverband der Vereinigten Arbeitgeberverbände im Obererzgebirge hat den Mantel- und Lohnvertrag für die Obererzgebirgische Textilindustrie gekündigt. Der Arbeitgeberverband will mit der Tarifkündigung einen Lohnabbau erzielen.

---

SPD. In der niederländischen Zigarrenindustrie haben bei den Tarifverhandlungen die konfessionellen Gewerkschaften den Unternehmern nachgegeben. Sie erklärten sich mit dem Vorschlag der Arbeitgeber, den Urlaub von 3 auf 5 Tagen zu erhöhen und den Lohnausfall an anerkannten christlichen Feiertagen zu vergüten, einverstanden. Sie haben auf eine Lohnerhöhung verzichtet und beschlossen, ihre Streikdrohung zurückzunehmen. Die freigewerkschaftlichen Verbände haben das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Ein grösserer Kampf ist jedoch nach der Schwächung der Arbeitnehmerfront durch die Konfessionellen nicht mehr möglich.

---



## Arbeits- und Unternehmereinkommen.

(Sinkende Löhne, steigende Profitquoten.)

SPD. Nach dem Vierteljahrsbericht des Konjunkturforschungsinstituts für Ende Mai 1930 betrug die Zahl der arbeitslosen Industriearbeiter 2,2 Millionen. Wenn man die Gesamtzahl der Industriearbeiter einschliesslich der Arbeitslosen auf 10 bis 11 Millionen veranschlagt, so bedeutet das, dass ungefähr 20% aller Industriearbeiter erwerbslos sind. Im Durchschnitt der ersten vier Monate des laufenden Jahres war die Gesamtzahl der Arbeitslosen um 590 000 grösser als 1929. Dabei dürfte sich aber die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 1929 um 110 000 gesteigert haben. Ausserdem ist anzunehmen, dass Personen, die bisher nicht erwerbstätig waren, ins Erwerbsleben eingetreten sind.

Bei einem grossen Teil der Arbeitslosen treten an die Stelle des Lohneinkommens nun die Bezüge der Arbeitslosenversicherung, der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtspflege, sodass der tatsächliche Einkommensverlust nicht ganz so stark ist, wie es die Zahl der Arbeitslosen allein vermuten lässt. Die Unterstützungsbezüge werden aber stets nur einen Bruchteil des Einkommensverlustes ausgleichen können. Die Kaufkraft der Bevölkerung, für die das Einkommen der Industriearbeiterschaft die ausschlaggebende Rolle spielt, wird daher durch die Krisis auf dem Arbeitsmarkt aufs schärfste in Mitleidenschaft gezogen. Nicht berücksichtigt ist ausserdem, dass etwa 1,4 Millionen Industriearbeiter infolge der Kurzarbeit über mehr oder weniger verminderte Einkommen verfügen.

Für die Betrachtung des Arbeitseinkommens ist wichtig, dass dieses Mal ein Ausgleich der Einkommensverluste infolge Arbeitslosigkeit durch eine Steigerung der Löhne so gut wie nicht erfolgt ist. Die Last der Krise hat dieses Mal ausschliesslich die Arbeiterschaft getragen. Das Konjunkturforschungsinstitut konstatiert, dass in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 und in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres die Tariflöhne nahezu unverändert geblieben sind. Nun stellen Tarife die unterste Grenze der Löhne dar. In Zeiten guter Konjunktur werden sich in den meisten Fällen die Löhne über dem Tarif bewegen. Andererseits geht in Zeiten schlechter Konjunktur eine Annäherung der Löhne an den Tarif vor sich. Dieser Vorgang hat sich selbstverständlich auch in der gegenwärtigen Krise abgespielt und mit Recht konstatiert das Konjunkturforschungsinstitut, "dass die tatsächlichen Verdienste sich den tarifmässigen Löhnen genähert haben." Diese Feststellung ist sehr wichtig. Der Ruf des Unternehmertums nach Lohnabbau wird immer damit begründet, dass der Tarif den Lohn zu einer unveränderlichen Grösse macht und dass der Lohn tarif der Warenpreiskalkulation in Krisenzeiten die notwendige Elastizität nehme. Um diese Elastizität herzustellen, fordert man den Lohnabbau. Das Konjunkturforschungsinstitut beweist aber das Gegenteil. Aus seinen einwandfreien Feststellungen geht hervor, dass der Lohn trotz Tarifs veränderlich ist und dass sich in Krisenzeiten automatisch ein Lohnabbau dadurch vollzieht, dass sich die Verdienste eben der Lohngrenze nach unten, dem tarifmässigen Lohn, nähern. Der Hinweis des Unternehmertums auf die starren Lohnkostenelemente sind also ausgemachter Schwindel und halten der ernsten Forschung nicht stand.

Selbstverständlich hat auch das Unternehmereinkommen unter der Krise gelitten. Die Dinge liegen aber hier so, dass sich das Unternehmertum gerade in der gegenwärtigen Krise mit billigen Rohstoffen eindecken und Kredite zu nie-

drigen Zinsen aufnehmen konnte. Andererseits sind von der Lohnseite her keine Erhöhungen der Kosten mehr eingetreten. "Da die Fertigwarenpreise weniger stark gesunken sind als die Rohstoffpreise und die Kreditkosten, hat sich," so folgert das Konjunkturforschungsinstitut, "die Verdienstspanne je Verkaufseinheit sogar etwas gebessert." Die Profitquote des Unternehmertums ist also in der Krise gewachsen. Einem gesunkenen Lohn steht eine erhöhte Profitrate gegenüber. Allerdings muss das Konjunkturforschungsinstitut feststellen, dass die höhere Profitquote dem Unternehmertum so gut wie nichts genutzt hat.

Im ganzen betrachtet, seien die Veränderungen in der Kostengestaltung bei weitem nicht so stark, um den Verdienstausschlag durch Rückgang des Absatzes wett zu machen. Das Konjunkturforschungsinstitut stellt damit aber nur das fest, was wir schon immer gesagt haben, nämlich, dass eine Verminderung der Kaufkraft auch dann kein höheres Unternehmereinkommen bedeutet, wenn die Profitquoten gesteigert werden. Das deutsche Unternehmertum jagt aber nun schon seit Jahren der Illusion nach, durch höhere Profitquoten ein höheres Unternehmereinkommen zu erzielen. Die Wissenschaft zeigt das Unmögliche dieser Theorie: Das deutsche Unternehmertum muss wohl zu dem alten kaufmännischen Grundsatz "Grosser Umsatz, kleiner Nutzen" zurückkehren, wenn es für sein Teil zur Gesundung der deutschen Wirtschaft beitragen will, Durch Lohnabbau erhöht es wohl die Profitquote, verringert aber den Umsatz und damit auch das Unternehmereinkommen. Darüber kann das Geschrei über die Lohnunkostenelemente nicht hinwegtäuschen.

-----

SPD. Der am Donnerstag veröffentlichte Abschluss des Mansfeldkonzerns für das Jahr 1929 weist, wie bereits bei Mitteilung des Notprogramms kurz bekannt gegeben wurde, einen Reinüberschuss in Höhe von 33 000 Mark auf. Der Gesamtertrag wird mit 14,95 Millionen Mark angegeben. Davon dürften ein Drittel auf den Kupferbergbau (einschliesslich Nebenprodukte) entfallen. Die Unkosten haben sich gesteigert und belasten die Gewinn- und Verlustrechnung mit 6,85 Millionen Mark.

Der Abschluss kann zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage bei Mansfeld kaum herangezogen werden, da sich die Voraussetzungen für die vorliegende Erfolgsrechnung z.B. durch Veränderung der Metallpreise stark verändert haben. Von umso grösserem Interesse sind aber die Bilanzposten, die möglicherweise für eine Sanierung der Gesellschaft in Frage kommen. Zu nennen wären hier die Anlagen, die sich von 1928 auf 1929 von 47 Millionen auf 51,18 Millionen steigerten und die Abschreibungen in Höhe von 4,76 Millionen Mark erforderlich machten. Der hohe Abschreibungssatz bei Mansfeld ist in der Öffentlichkeit oft kritisiert worden. Demgegenüber verweist die Verwaltung darauf, dass die Bilanz die tatsächlich erfolgten Investitionen zu niedrig ansetzte. Das mag zutreffen, entbindet jedoch die Aktionäre nicht von der Verpflichtung, mit einem kräftigen Kapitalschnitt, wie ihn Mansfeld gelegentlich der Goldbilanzaufstellung vorgenommen hat, ein entsprechendes Opfer zur Aufrechterhaltung des alten Industrieunternehmens zu bringen. Mit dem Opfer des Dividendenverzichts, auf das der neue Mann bei Mansfeld, der aus der rheinisch-westfälischer Industrie nach Eisleben gekommene Rudolph Stahl in der am Mittwoch in Berlin stattgefundenen Bilanzsitzung mehrere Male verwies, kann es nicht getan sein. Die Anforderungen aus den Abschreibungen erfordern eine recht gründliche Zusammenlegung. Das lehrt die Bilanz von 1929.

Das Konto Wertpapiere und Beteiligungen hat sich von 16,80 auf 19,16 Millionen Mark gesteigert. Die Erhöhung beruht auf dem Übergang eines Paktes Stolbergaktien. Hier zeigen sich noch immer die Folgen jenes unglücklichen spekulativen Geschäfts, das darin bestand, dass der bekannte rheinisch-westfälische Grossindustrielle Otto Wolff - er ist noch immer durch Ottmar Strauss im Aufsichtsrat bei Mansfeld vertreten, obwohl er seinen Besitz bei Mansfeld

wohl schon abgestossen oder zumindesten abgeschrieben hat - der Mansfeld ein Paket Aktien der A.G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen zu übersteuerten Preisen andrehte. Für Abschreibungen auf dem Wertpapierkonto sind 3,3 Millionen Mark vorgesehen, wodurch sich der Buchwert auf 15,86 Millionen senkt. In der Bilanz steht die u.a. durch Aufkauf der Halleschen Pfännerschaft entstandene Lieferungsschuld in eigenen Aktien noch immer mit 3,15 Millionen Mark mit Nennwert zu Buch. Falls man die für Abschreibungen auf dem Wertpapierkonto vorgesehenen 3,3 Millionen Mark zur Bereinigung dieses Postens benutzt (womit zu rechnen ist), dürfte hier ein nicht unerheblicher Buchgewinn entstehen.

Zur Steigerung der allgemeinen Unkosten wird bemerkt, dass daran neben den erhöhten Gehältern besonders die Zinsverpflichtungen beteiligt sind. Auch hier ergibt sich für Mansfeld für das laufende Jahr eine wesentliche Erleichterung. Die Vorräte sind von 9,63 auf 15,31 Millionen Mark angewachsen. Die Steigerung entfällt nicht nur auf die Bestände an Kupfer, sondern auch auf Schlackensteinbestände. Hier ist in Kürze mit einem besseren Geschäft zu rechnen. Die preussische Regierung will sich z.B. nach dieser Richtung hin bei den Gemeinden verwenden. Mansfeld dürfte aus seinen Vorräten also bald nicht unerhebliche Einnahmen ziehen. Auch bei Mansfeld wirkt sich die Finanznot der Gemeinden aus, die z.B. Bedarf an Schlackenstein haben, aber nicht über die nötigen Kredite verfügen. Der Kampf der privaten Industrie gegen den Kommunal-kredit hat sich für Mansfeld ganz besonders schlecht gelohnt. Bei anderen Firmen, z.B. bei Mannesmann, ist es nicht anders. Die Erkenntnis dämmert allmählich in der Privatindustrie, dass man mit dem Kampf gegen die öffentliche Hand seinen besten Auftraggeber und damit sich selbst erschlägt.

In der erwähnten Bilanzbesprechung am Mittwoch nahm Generaldirektor Stahl Gelegenheit, die Situation darzulegen, wie sie sich bei der Mansfeldverwaltung malt. Zunächst wird bestritten, dass das Vorjahr mit seinen anormal hohen Kupferpreisen hohe Konjunkturgewinne gebracht habe. Bilanzmässig liegt ein Gewinn von 3,3 Millionen Mark vor. Dabei darf man nicht vergessen, dass für 1928 sicherlich nicht unwesentliche Summen still in Reserve gestellt worden sind. Weil das der Fall ist, sind wir heute noch der Überzeugung, dass Mansfeld bei einer entschlossenen Zusammenfassung aller zur Verfügung stehenden Mittel und Reserven wohl in der Lage ist, über die kritischen Monate in der Kupferproduktion hinwegzukommen. Richtig ist die Auffassung Stahls, dass ein Unternehmen wie Mansfeld nicht Dauersubventionen beziehen könne und der preussische Finanzminister stellt sich entsprechend ein, wenn er vor einigen Tagen der Mansfeldverwaltung brieflich mitgeteilt hat, dass auf Subventionen nicht zu rechnen sei. Dafür hängt Mansfeld viel zu sehr von der Preisentwicklung an den Metallmärkten ab. Diese Entwicklung mir nichts dir nichts für längere Zeit fixieren zu wollen, ist unmöglich. Das gilt aber auch, wenn man nur von einer zurückgehenden Tendenz in der Metallpreisbildung spricht.

Nach den Mansfeldschen Berechnungen hat sich der Erlös aus einer Tonne Kupfer von Mitte April 1930 bis heute von 1600 Mark auf 1200 Mark gesenkt. Bei einer Kupferproduktion von 22 000 Tonnen pro Jahr bedeutet das einen Verlust von 8,8 Millionen Mark. Wie elastisch die Erfolgsrechnung bei Mansfeld aber ist, geht daraus hervor, dass die Erhöhung der Kupferpreise um 1 Cent ein Einnahmeh Mehr von 2 Millionen Mark bedeutet. Auf dem Kupfermarkt wechseln aber Preisbaissen und Preishaussen sehr schnell. Die Erfolgsrechnung bei Mansfeld kann also schon morgen ganz anders aussehen als das heute der Fall ist.

Bei Mansfeld leidet man jedoch an der Manie, die ganze ungünstige Entwicklung in den letzten Monaten auf die Lohnerhöhung von März 1929 zurückzuführen, durch die die Löhne insgesamt um 12% heraufgesetzt wurden. Stahl betrachtet die Lohnerhöhung als eine direkte Folge der besseren Kupferpreise. Die damalige Mansfeldverwaltung habe sich auch nur mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt, weil sie an eine Dauer der hohen Kupferpreise glaubte. Der Gegenwärtige Lohn sei also ein Konjunkturlohn und müsse angebaut werden. Die

amerikanischen Kupfergesellschaften hätten dasselbe gemacht. Uns ist in einem Fall - bei der nordamerikanischen Annacondagesellschaft - bekannt, dass man den Lohn mit den steigenden Kupferpreisen verkoppelte. Die den Arbeitern gewährten Zuschläge waren auch sehr erheblich. In dem Vertrag bei der Annaconda, ob er eingehalten worden ist, wissen wir nicht, war ein Abbau der Zuschläge mit fallenden Kupferpreisen vorgesehen. Die Regelung bei der Annaconda ist also etwas wesentlich anderes als der Schiedsspruch bei Mansfeld. Bei der Annaconda handelt es sich um eine Beteiligung an Sondergewinnen, an Konjunkturgewinnen. Der Schiedsspruch bei Mansfeld entsprach aber nur den gestiegenen Teuerungskosten und vor allem, worauf der Nachdruck zu legen ist, der gestiegenen Leistung pro Kopf.

Nur noch Stützungsgeschäfte.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Juni.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt am Mittwoch das starke Roggenangebot an. Die Stützungsstellen nahmen aber nur Teile des offerierten Materials auf, während ein reguläres Geschäft zwischen Landwirten und Mühlen bzw. Händlern fast nicht mehr besteht. Alter Weizen, der knapp angeboten und stark begehrt war konnte seine feste Tendenz behaupten. Dagegen bröckelten die Preise für Weizen aus neuer Ernte ab, da hierin recht reichliches Angebot vorlag. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich sehr geringfügige Preisveränderungen, zumeist nach oben. Für Weizenmehl lauteten die Forderungen leicht erhöht, für Roggenmehl unverändert. Für beide Sorten machte sich nur geringer Begehr bemerkbar. Hafer hatte sehr ruhigen Markt.

	<u>3. Juni</u>	<u>4. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	304 - 305	307 - 308
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	165 - 180	165 - 180
Hafer	142 - 152	143 - 153
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,00-41,25	33,25-41,50
Roggenmehl	21,75-25,00	21,60-25,00
Weizenkleie	7,75- 8,25	7,75- 8,25
Roggenkleie	8,00- 8,50	7,75- 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 311-312½ (Vortag 309½), September 269 (269½), Oktober 269 (269½). Roggen Juli 176-177 (175½), September 179-179½ (178), Oktober 181-181½ (180½). Hafer Juli 149¾ (148½).

SPD. Der Saatenstandbericht für den Bereich des Freistaats Preussen weist darauf hin, dass die Felder gegenwärtig gegenüber normalen Jahren einen Vorsprung von 1 bis 2 Wochen haben. Wenn 2=gut. 3=mittel und 4=gering bedeuten; so ergibt sich für den Stand der Saaten folgendes Bild: Winterweizen 2,3 Sommerweizen 2,5, Spelz 2,3, Winterroggen 2,4, Sommerroggen 2,7, Wintergerste 2,5, Sommergerste 2,5, Hafer 2,6, Gemenge 2,6, Erbsen 2,6, Ackerbohnen 2,6, Linsen und Wicken 2,8, Frühkartoffeln 2,7, Spätkartoffeln 2,8, Zuckerrüben 2,8, Futterrüben 2,8, Raps und Rübsen 2,6, Flachs 2,7, Klee 2,5, Luzerne 2,4, Rieselwiesen 2,4, gewöhnliche Wiesen 2,7. und Viehweiden 2,4.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 4. Juni 1930.

Zeltnacht am Useriner See. +  
-----

SPD. Er ist ein Meer, der grosse, Kilometer weit sich ausdehnende, weltabgelegene Useriner See im Mecklenburgischen. Wenn der Sturm sein Wasser aufwühlt, wenn die glatte Fläche sich in Sturzwellen und Wirbel verwandelt, dann sind alle Dämonen der Tiefe erwacht. Es bedarf einer sicheren Hand und ruhiger Nerven, um dann ein kleines Boot unversehrt durch diese Wasserhölle ans Ufer zu führen. An stillen Sommer- und Herbstabenden jedoch ahnt niemand, welche Gefahren der dunkelblau und smaragdgrün leuchtende, von dichten Waldungen umschlossene Userin bietet. Dann ist der See unvergleichlich schön in seiner tiefen Einsamkeit, seinen stillen, menschenleeren Wäldern, seinen schilfumsäumten Ufern.

Auf einer kleinen Anhöhe, wenige Meter von der Landungsstelle entfernt, steht unser Zelt, das uns auf allen Wasserfahrten im Faltboot begleitet. Es ist vom See aus kaum zu erkennen, denn seine Farbe hebt sich kaum vom moosbedeckten Waldboden ab. Grünes Erlengebüsch umschliesst es von beiden Seiten, und im Hintergrunde steht Tannenwald, durch dessen dichtes Nadelgebüsch kein Pfad führt. Wir sind vollkommen eingeschlossen von Strauchwerk und hochragenden Waldbäumen.

Langsam weichen die letzten Strahlen der untergehenden Sonne der Nacht. Von dem Dörfchen Userin, das am gegenüberliegenden Ufer, etwa zwei Kilometer von uns entfernt, liegt, tönen Gesang und die Klänge einer Harmonika deutlich zu uns herüber. Auch das Stampfen und Rattern der Mühle, die am Ausgang des Sees liegt, ist vernehmbar. In unserm Waldwinkel jedoch ist es still. Der Schritt der Tiere ist behutsam, und nur ein geübtes und geschärftes Ohr weiss das Knistern und Knacken im Gehölz richtig zu deuten. Die Dämmerung ist erfüllt von geheimnisvollem Leben. Eine leise Regsamkeit im Wald, ein fast unmerkliches Rascheln in den Tannen! Wenige Meter vom Zelt entfernt, tritt ein Rudel Rehe aus dem Dunkel. In zierlichen Sätzen springen sie nach dem Seeufer. Fast gleichzeitig bücken sie sich, um zu trincken. Nur ein altes Tier, das zuletzt aus den Tannen heraustrat, bleibt unbeweglich am Waldrand stehen. Wir sitzen reglos am Zelteingang und sind vollkommen verdeckt durch das Erlengebüsch. Trotzdem wittert das Tier unsre Nähe und jagt in wenigen Sekunden wie gehetzt zurück, das Rudel dicht hinter sich.

Der Wald hat den letzten Lichtstrahl aufgefangen. Es ist finstere Nacht geworden. Am Ufer aber und im Gebüsch leuchtet Licht auf Licht auf. Winzige Lämpchen kommen näher und näher, und bald ist unser Zelt von einem dichten Kranze zierlicher Lampions eingesäumt. Wir brauchen nur die Hand auszustrecken, um einen der kleinen Erdgeister, die gleich Glühwürmchen die Nacht erhellten, zu fangen.

Im Erlengebüsch dicht nebenan zetert eine Sumpfmeise. Anscheinend fühlt sie sich gestört und protestiert gegen die ungewohnte Nachbarschaft. Doch als wir in unsere Schlafsäcke gekrochen sind und kein Wort mehr ihre Nachtruhe unterbricht, da legt sich auch ihr unruhiges Gezwitzchen, Tiefste Stille liegt über Wald und See.

Als wir erwachen, steht der Wald noch schwarz und dunkel. Aber drüben über dem See ist schon der erste Dämmererschein des Morgens erwacht. Auch in unsrer Umgebung regt sich das Leben. Die Sumpfmeise setzt ihren Protest auch heute früh fort. Als es heller wird, sehen wir sie auf dem höchsten Aste

des Erlenbusches sitzen. Mit lebhaften schwarzen Augen sieht sie auf die ungebetenen Gäste herab. Im See fliegen Enten auf und verschwinden mit lautem Geschrei im Schilf. Dann ist es wieder ganz still. Auch unsre Nachbarin hat sich inzwischen beruhigt.

Da rauscht ein ruhiger, schwerer Flügelschlag dicht über unsren Köpfen. Ein grosser Vogel schwebt herab und stolziert würdevoll am Seeufer entlang. Deutlich ist der lange Schnabel, der graue Rücken, die schwarze Brust zu erkennen. Nun hebt der Reiher das eine Bein und streckt den Kopf vor. So steht er unbeweglich. Minuten vergehen. Dann schiesst er blitzschnell mit dem langen, zusammengedrückten Schnabel nach unten. Ein kleines, zappelndes Etwas steckt darin, als er sich wieder aufrichtet. Im gleichen Augenblick erhebt sich der Vogel in die Luft und fliegt mit wunderbar ruhigem, regelmässigem Flügelschlag über das Röhricht.

Wieder ist es ganz still. Ueber Wald und See liegt eine sanfte Ausgleichenheit. Da ertönt im Wald ein lauter Ruf: "Twit, twit!" Er kommt näher, und "twit, twit" schallt es aus den Bäumen in unsrer unmittelbaren Umgebung. Wir liegen versteckt zwischen Busch und Zeltdach und verfolgen mit dem Feldstecher jeden Baumwipfel. "Twit, twit", tönt es irgendwo. Aber der Baumläufer lässt sich nicht sehen. Er fliegt zurück, ohne ein Morgenbad genommen zu haben.

Doch jetzt plätschert es heftig im See. Ein grosser, bunter Vogel erhebt sich von der Morgenwäsche. Im Vorüberfliegen erkennen wir die Federhaube des Hähers, Im Nu ist er zwischen den Baumwipfeln verschwunden.

Drüben über dem See verlöschen die letzten Lichter der grossen Sägemühle, die während der ganzen Nacht gearbeitet hatte. Ein dunkelroter, Blitze sprühender Feuerball erscheint am Horizont. Die Sonne geht auf. Der neue Tag bricht an.

E. Möbus.

-----  
Das teure Geburtstagsgeschenk. +  
-----

Von H. Gayar.

SPD. Eines Abends führte Albert Babin seine Frau Alice zu Barbereine, dem grossen Pariser Kunsthändler, damit sie sich zu ihrem bevorstehenden Geburtstag ein Geschenk aussuchte. Alice hatte Wert darauf gelegt, ihren geizigen Mann zu begleiten.

"Du kennst dich besser in Stoffen aus als in Nippsachen" hatte sie ihm vorgeworfen.

"Schön. - Doch du weisst, ich gebe nicht mehr als tausend Franken aus." Herr Babin, ein reichgewordener Konfektionär, blieb in seinen Ausgaben sparsam wie vor dem Kriege, als er noch nichts hatte.

Alice war schon vormittags heimlich bei Barbereine gewesen; sie hatte bereits gewählt. Suchend lief sie durch den Laden und blieb vor einem 85 cm hohen Orpheus aus Porzellan stehen. "Den will ich", erklärte sie.

Der Gatte zog ein schiefes Gesicht: "Das nennst du eine Nippsache?" Das ist ein Denkmal. Das willst du in unsren Salon stellen?"

"Ja- Kostet?"

"3000 Franken, gnädige Frau. Es ist Sèvres-Porzellan, gezeichnet Rodin."

Herr Babin ahnte ein Komplott. Er verliess wortlos den Laden. Beend vor Scham und Wut folgte ihm seine Frau. "Albert, das bezahlst du mir... und noch viel teurer!" Im Augenblick antwortete er nicht. Er kannte seine Frau. "Mag sie sich austoben," dachte er. Doch die Vorübergehenden blieben stehen. Herr Babin winkte ein Auto heran und befahl trocken: "Steig' ein!" Alice stieg ein. Kaum hatte sie Platz genommen, da ging's von vorn los: "Ich räche mich. Du bist grob, ein alter Geizhals, ein Lügner. Ich durfte wählen.."

"Doch nur bis zu tausend Franken!"

"Unsinn! Das ist deine letzte Beleidigung! Ich lasse mich scheiden. Diesmal bestimmt.."

So weit kam sie immer. Herr Babin liess sich nicht klein kriegen. "Wie du willst. Seit zehn Jahren redest du nun davon!"

Alice schwieg. Doch zu Hause ging's weiter. Das dauerte eine ganze Woche. Sie weinte mit bewunderungswürdiger Ausdauer. Sie machte es so gut, dass Albert einlenkte. Jedoch - wie immer - mit Einschränkungen. "Ich hole dir den Orpheus. Doch ich muss allein hingehen. Dreitausend Franken sind ein unsinniger Preis." Alice wurde sofort sanft. "Ja. Ich hätte dich nicht begleiten sollen. Barbereine hat sich das zunutze gemacht. Geh und hol' ihn allein! Aber lass ihn herschicken! Er ist schwer.. du könntest ihn zerbrechen."

Als Albert zu Barbereine kam, war der Rodin nicht mehr da. "Verkauft?" fragte er mit heimlichem Jubel. "Ein Unfall", erklärte ein junger Mann. "Gestern bei Ladenschluss..." Herr Babin hörte garnicht hin. In seinem Hirn wälzten sich Pläne. Er müsste den Orpheus in seinem neuen Zustand kaufen und seiner Frau einen Transportunfall vorspielen. Sie hatte von einem Unfall gesprochen: man soll nichts heraufbeschwören! Die Kiste wird bei der Ankunft fallen gelassen. Alice hat mir nichts vorzuwerfen. Wir sind quitt.

Der junge Mann beendete seine Geschichte: "Nun ist sie in zehn Stücken."

"Was kostet das Stück?" fragte Herr Babin kurz entschlossen.

Der junge Mann lächelte leise. "30 Franken. Doch Sie müssen alle nehmen; wir machen keine Teilgeschäfte. Das macht 300.."

"Gemacht. Hier sind 300 Franken. Schicken Sie mir den Orpheus so schnell wie möglich!"

In diesem Augenblick erinnerte sich Herr Babin der Geschichte eines Freundes, der in einem ähnlichen Fall einen gleichen Unfall vorgetäuscht hatte. Es handelte sich damals um eine Vase aus venetianischem Glas, die in zwei Hälften gebrochen war. Der Freund hatte das Geschäft beauftragt, ihm die Vase verpackt ins Haus zu schicken und die Kiste nicht zu heftig, nicht zu zart fallen zu lassen, jedoch gerade so, das... Doch als man die Kiste öffnete, ward sein Betrug entdeckt: der Kunsthändler hatte jedes Stück einzeln in Papier gepackt!! Darum wollte Herr Babin sich nun persönlich um die Verpackung seines Rodin kümmern. Man führte ihn ins Hinterzimmer, in dem Kisten, Holzwohle, Papier, Nägel herumlagen. Albert wählte eine schöne grosse Kiste, stellte sie auf einen mit Holzwohle umgebenen Tisch und machte sich an die Arbeit. Zuerst kam ein Stück Matte, darauf die Stücke des Orpheus, die der junge Mann ihm reichte. Er nahm immer ein Stück und presste es fest in Watte, um das durcheinanderschütteln zu verhindern. Der Rodin sollte doch in einer natürlichen Stellung ankommen und nicht etwa den Kopf verkehrt herum oder das Ohr unter dem Arm. Endlich ruhte der Orpheus in seinem weichen Bette. "Er liegt wie im Schlaf", sagte der junge Mann. Herr Babin umwand das Ganze fest mit einem Bindfaden und befahl, den Deckel aufzusetzen und die Kiste sofort zu schicken. Dann eilte er beschwingten Schrittes heim.

Eine halbe Stunde später klingelte es bei ihm. Herr Babin hatte im Salon gewartet; er stürzte auf den Korridor. Seine Frau, die sich im Schlafzimmer aufhielt, hörte einen dumpfen Fall, zwei Flüche: "Donnerwetter! Tölpel!" Sie stürzte heraus: "Was gibts?" Ihr Mann zeigte auf die Kiste und den Träger, der mit hängenden Ohren dastand. "Solch ein Trottel! Wie ein Paket Wäsche hat er das hingeschleudert!" Albert nahm ein Messer und begann, die Verpackung zu lösen. "Porzellan bricht wie Glas", murmelte er bedenklich....

Der Deckel fiel. Albert schrie auf. "Da haben wir's! Orpheus in Scherben!" Alice neigte sich über die Kiste und schluchzte: "Wie schrecklich! Albert! Willst du mir schon einmal eine Freude machen.."

Doch Albert hatte einen Trost bereit: "Der Schaden ist heilbar. Ein zerbrochener Rodin ist doch noch immer ein Rodin!"

Sie machten sich beide daran, die Stücke zusammzusetzen. Herr Babin triumphierte über seine Tüchtigkeit. Da murmelte seine Frau: "Merkwürdig! Ein

Fuss fehlt. - Der rechte Fuss."

Herr Babin erwachte aus seinen Träumen. Doch er war seiner Sache so sicher, dass er lächelte. Er machte einen Scherz: "Ich habe doch die Stücke nummeriert. Du kannst nur nicht suchen!" Und er kehrte die Kiste um und kramte in der Holzwolle. Da war nichts. Jetzt begann er zu zweifeln. Er verstand nicht. Seine Frau beobachtete ihn stumm. Auch sie verstand nicht, doch sie ahnte, dass sie auf der Spur war. Die Stille zwischen ihnen wuchs drohend, Albert erhob sich plötzlich. Daran ist Barbereine schuld. Ich muss mal hingehen. Sofort!"

An der Tür stiess er mit dem Laufburschen zusammen. Der war ausser Atem. "Herr Babin," sagte er und zog etwas aus seiner Tasche. "Ich bringe den Fuss. Er war hinter den Tisch gefallen."

Nun war alles enthüllt. Alice lachte höhnisch auf.

Der Junge wusste Bescheid. Er machte sich aus dem Staube. Herr Babin schloss hinter ihm die Tür... da wurde er am Arm gepackt und in einen Stuhl geschleudert. "Betrüger!" fauchte Alice und riss ihn an der Krawatte. "Ich lasse mich scheiden. Diesmal bestimmt..."

Und sie verfiel in Weinkrämpfe.

Albert wischte sich den Schweiss von der Stirn. "Nach Donner kommt Regen" murmelte er, "das Gewitter ist vorbei. Doch jetzt muss ich zahlen.. jetzt geht es erst recht an meinen Geldbeutel!!!"

(Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen Jacoby)

-----  
Charles Dickens.

-----  
Zu seinem 60. Todestag.

SPD. In seinem "Kapital" führt Karl Marx einmal den "berühmten Gurgel-schneider Bill Sykes" an, ohne auch nur mit einer Silbe deutlich zu machen, dass es sich um eine Figur aus "Oliver Twist" handelt. Mit Recht hielt er es für unnötig, denn so über die Massen volkstümlich waren die Romangestalten von Charles Dickens, dass sie jedes Kind kannte. Die Weltliteratur verzeichnet kein ähnliches Beispiel schneller und gründlicher Massenwirkung. Die erste Erzählung, die den Namen Dickens Geltung weit über den Bereich der englischen Zunge hinaus verschaffte, die "Pickwickier", erschien in Lieferungen; vom ersten Hefte wurden 400 Exemplare gedruckt, vom fünfzehnten schon 40 000! Und fortan folgte Bombenerfolg auf Bombenerfolg. Der Romanzier konnte Honorare verlangen, die so unerhört waren wie die Auflagenziffern seiner Werke, und als den Achtundfünfzigjährigen am 8. Juni 1870 der Schlag rührte, war Dickens, auf seinem Herrensitz Gadshill Place bei Rochester hausend, seit langem ein Grand-seigneur der Literatur, wie es wenige gegeben hatte.

Aber dem Grossverdiener entsprach der Schwerarbeiter. Vorwärtsgepeitscht vom Fieber künstlerischen Schaffens, verbrauchte Dickens seine anscheinend unverwüstliche Lebenskraft zu rasch in Arbeitsleistungen, die schon dem Umfang nach alles in den Schatten stellten. Die grossen Romane, die seinen Weltruf begründeten - "Die Pickwickier", "Oliver Twist", "Nickolas Nickleby", "Der Raritätenladen", "Barnaby Rudge", "Martin Chuzzlewitz" und "David Copperfield" sind die Frucht von vierzehn kurzen Lebensjahren, und was er danach schrieb, füllt auch noch eine kleine Bibliothek. Aber trotz seiner Fruchtbarkeit war er kein Vielschreiber, der produzierte, wie man den Kranen afdreht und das Wasser laufen lässt. Wenn er sich dazu zwang, wie Zola methodisch nach der Uhr zu arbeiten, so lebte er wie Flaubert mit den von ihm geschaffenen Gestalten: verspürte der Franzose tagelang den süsslichen Geschmack des Arseniks auf der Zunge, mit dem sich seine "Madame Bovary" vergiftet hatte, so klagte der Engländer, als im "Raritätenladen" die Handlung auf den Tod der kleinen Nell zuing: "Niemand wird sie so vermissen wie ich."

Ein echter und grosser Dichter war eben Dickens, der mit seinem Herzblut schrieb. Blühende Phantasie, unerschöpfliches Fabuliertalent, meisterliche Darstellungskraft, scharfe Charakterisierungskunst, psychologische Treffsicherheit, all das überglänzt von behaglichem Humor und durchwärmt von Punsch- und Kamin Stimmung, gewannen ihm die Leser im Sturm, und ihr Durchschnitt empfand noch als Plus, was in Wahrheit ein Minus war: die üppige Rhetorik, die kanallige Schwarz=Weiss=Technik, die melodramatische Tönung und am Schlusse die unvermeidliche Belohnung der Guten und Bestrafung der Schlechten. Nicht minder lag ein Geheimnis seiner Wirkung darin, dass er den alltäglichsten Alltag mit Poesie vergoldete und das prosaische Leben auf banalen Kontorschemeln im schimmernden Netze seiner Dichtung einfing, ein Mensch des bürgerlichen, des Industriealters, ein Sänger der Maschine und der Lokomotive und ein der Grosstadt Verfallener, deren Strassenlärm sein Schaffen so anregen musste wie die faulen Aepfel in der Schublade das Schaffen Schillers. Nichts ist suggestiver als eine Schilderung vom Rande Londons, wo die Weltstadt in Feld übergeht:

Feuchte, verfaulende Häuser, manche zu vermieten, manche noch auszubauen, viele erst halb gebaut und schon wieder vermodernd; Wohnungen, von denen man schwer sagen konnte, ob der Vermieter oder der Mieter mehr zu bedauern war; Kinder, dürftig genährt und gekleidet, die auf jeder Strasse herumlungerten und sich im Staube wälzten; scheltende Mütter, die unter lärmenden Drohungen mit ihren Holzschuhen das Pflaster stampften; schäbige Väter, mit glanzlosen Blicken an das Geschäft eilend, das ihnen das tägliche Brot und nichts weiter einbrachte; Mangweiber, Wäscherinnen, Schuhflicker, Schneider, Lichterzieher, die in Stuben und Küchen, Hinterräumen und Dachkammern ihr Gewerbe trieben; Ziegelfelder, an Gärten grenzend, die mit alten Fassdauben oder schlechten, bei einem Brande gestohlenen halb verkohlten Balken eingezäunt waren; Wälle von Seegrasm Nesseln, Schilf und Austerschalen, in tollem Wirrwarr aufgehäuft....

Aber Dickens kam es nicht darauf an, zu malen, zu unterhalten oder mit Einzelschicksalen an die Herzen zu greifen, sondern sein Werk war von einer sittlichen Idee getragen: er fühlte sich auf einer Tribüne, als Reformer, als Apostel. Die Verschwendungssucht seines Vaters, der Marinezahlmeister gewesen war, hatte Dickens in seiner Kindheit das bittere Brot der Armut brechen gelehrt, und in einer Schuhwichsefabrik hatte der Zwölfjährige seinen Lebensunterhalt verdienen müssen. Vielleicht deshalb schlug er sich als Jüngling auf die Seite der Radikalen, die dem alten aristokratischen Privilegien-England unversöhnlichen Kampf angesagt hatten; in ihrer Presse trat er für Forderungen ein, die er später in seinen Romanen verfocht: allgemeines Stimmrecht, allgemeine Schulpflicht, Reformen in Verwaltung und Rechtssprechung, Niederlegung der Vorrechte des Adels. Ja, die meisten seiner Erzählungen sind, so idyllisch sie auf langen Strecken erscheinen mögen, beredete politische Manifeste: "Oliver Twist" gegen das brutale Armengesetz von 1834, "Bleakhaus" gegen die Rechtspflege mit ihrem Existenzen zermalmenden seelenlosen Räderwerk, "Klein-Dorrit", von Ferdinand Lassalle mit besonderem Vergnügen gelesen, gegen die abgeklapperte, vermuffte Verwaltung, "Harte Zeiten" gegen die zügellose Selbstsucht und Raffgier des Unternehmertums.

Das England, das sich in Dickens's Werk spiegelt, ist voller Unruhe, wird erschüttert durch den Streit um Wahlreform und Kornzölle, räkelt sich in den Flegeljahren des Kapitalismus und sieht mit Chartisten und Gewerkvereinen den "vierten Stand" in die Kampffront einrücken; es ist das England, in dessen Wirtschaft die Grossindustrie, in dessen Politik die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangt, jenes England, von dem Friedrich Engels in seiner Schrift "Die Lage der arbeitenden Klassen in England" feststellt: "Alle Lebensverhältnisse werden nach dem Gelderwerb gemessen, und was kein Geld abwirft, das ist dummes Zeug, unpraktisch, idealistisch". Niemand lehnte sich leidenschaftlicher gegen diese baumwollene Krämermoral auf als Dickens; immer wieder zeigte er, dass das Menschendasein andere, reinere, höhere Werte umschliesst als die bare

Zahlung; stets aufs Neue nahm er sich mit der ganzen nie versiegenden Güte seines Herzens der Kleinen, der Getretenen, der Missachteten an; er kannte keine Schranken, wenn es in dem grossen Kampfe der Zeit Partei zu greifen galt. Freilich war auch seine Welt mit bürgerlichen Brettern zugenagelt. Der ganz in der Mittelklasse seines Landes wurzelte, begriff nicht, dass der soziale Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht durch Predigten zu beheben war, und es kam ihm nie in den Sinn, die Grundlagen der Ordnung anzutasten, die an allem Uebel Schuld trug. Das Verhältnis zwischen Fabrikanten und Arbeiter, von dem Engels in jener Schrift sagtem es sei kein menschliches, sondern ein rein ökonomisches, wollte Dickens aus dem Oekonomischen ins Menschliche zurückbiegen; das war seine unzureichende Lösung der sozialen Frage. Aber damit wurde er allen Sozialreformern, allen Vorkämpfern gegen die Pest der Kinderarbeit, allen Befürwortern einer Arbeiterschutzgesetzgebung der wertvollste Bundesgenosse, weil, sobald er die Lippen öffnete, die Nation aufhorchte.

Viele Stimmen klingen und zwitschern im Werke dieses grossen Briten durcheinander, aber nachtigallenhaft süsser tönt keine als die des sozialen Mitleids. Und wenn es viel ist, dass Dickens mit seiner Prosa Millionen zum Lachen, Millionen zum Weinen brachte, unendlich mehr ist es, dass er das soziale Gewissen eines ganzen Landes zu schärfen wusste.

Hermann Wendel.

-----  
Lauter feine Leute...  
-----

SPD. Ein Berliner Boulevardblatt hatte ausser seinem Berichterstatter auch seinen Photographen zum Blutschande-Prozess Frenzel entsandt. Diesem überaus fähigen Mann war etwas Besonderes gelungen: Er hatte den Zusammenbruch Frenzels aufgefangen und präsentierte ihn in fünf Phasen zergliedert. "Mit zitternder Hand bannte der Photograph ein Schicksal auf die Platten das Schicksal eines Menschen; seinen Kampf, seine Verzweiflung..." Gezittert also hat die Hand des fixen Photographen. Vor Freude natürlich, Den Kampf, die Verzweiflung eines Menschen; das hat man nicht alle Tage, das war ein fetter Bissen, da musste man sich ranhalten. Feine Sache, dieser furchtbare Schmerz, der sich in Frenzels Gesicht zeichnete: wie geschaffen zum Knipsen! Nur bei Phase 3 - konvulsivische Zuckungen - hätte Frenzel vorteilhafterweise einen halben Schritt vortreten können; das Licht wäre dann besser auf ihn gefallen. Aber das ist nicht so schlimm. Der nach Aktualität rasende Photograph sieht dem Gustav Frenzel diese kleine Unaufmerksamkeit gewiss gern nach. Es kann nicht jeder gleich ein Jannings sein. Dafür hat der Photograph volles Verständnis.

+ + +  
Max Schmeling hat einem Hugenbergblatt aus Amerika geschrieben, dass er in hohem Ansehen bei den Yankees stehe, dass er überall die Hand geschüttelt bekäme, und dass man ihm allerorten wünsche, er möge Sharkey schlagen. Umgekehrt sei die Begeisterung für Sharkey nicht sehr gross. Es seien dessen eigene Landsleute gewesen, die ihm, dem Schmeling, gesagt hätten: "Was hat er getan, um so unpopulär zu sein!" Schmeling versichert: "Binghampton, seine eigene Stadt, scheint ihn zu hassen."

Da denkt man immer, nur im bürgerlichen Berufsleben strichen die Leute sich heraus und sprächen schlecht über ihren Nächsten. Aber nein, der völkerverbindende, die Fairness zum obersten Gesetz erhebende Sport sieht neuerdings nicht ein, warum er anderen Branchen nachstehen soll. Schmeling macht den Sharkey madig, er redet über ihn von oben herab, er setzt ihn in ein schlechtes Licht. Ausserhalb des Sportlebens revanchiert man sich gegenüber Verbreitern übler Gerüchte zuweilen dadurch, dass man ihnen eine herunterhaut. Wie sollen sich Berufsherunterhauer in diesem Falle verhalten?

+ + +  
"Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umge-

kehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt", sagt Karl Marx im Vorwort seiner "Kritik der politischen Oekonomie". Diese allgemein gehaltene geschichtsmaterialistische Formulierung lässt sich für spezielle Fälle folgendermassen abwandeln: Es ist nicht der Standpunkt der Menschen, der ihre Taktik in Prozessen, sondern es ist die Konstellation eines Prozesses, die ihren Standpunkt bestimmt. Als Stadtrat Busch noch lebte, wurde Lutkie als selbständiger Vermittler hingestellt, mit dessen Provisionen Busch nichts zu schaffen habe. Leitsatz war: Busch ist ein ehrenwerter Mann. Diesem Gesichtspunkt hatte sich alles unterzuordnen. Busch ist tot. Lutkie soll nun auf einmal doch nur ein Strohmann gewesen sein. Der Tote wird desavouiert. Leitsatz ist geworden: Wir, die Busch-Erben, müssen zu so viel Geld wie nur möglich kommen; egal, in welches Licht der Tote dabei rückt. Lieber eine Minute lang feig als ein ganzes Leben lang tot, heisst ein Soldatenwort. Lieber eine Woche lang von den Zeitungen durch den Kakao gezogen, als ein ganzes Leben lang arm, denken Buschs Erben. Man kann nicht einmal sagen, dass ihre denkweise absonderlich aus dem Rahmen des allgemeinen bürgerlichen Denkens herausfiele. Den Meisten fehlt es nicht an dem Willen, so zu handeln, wie Buschs Erben, sondern nur an der Veranlassung dazu! "Es ist das gesellschaftliche Sein, das das Bewusstsein der Menschen bestimmt!" und dieses gesellschaftliche Sein ist nun einmal der Kapitalismus.

Hans Bauer.

SPD. Der "Dramatiker vom Tage!" Im Zeitalter der rasenden Reporter gewöhnen sich sogar die Dramatiker ein rasendes Tempo ihres Schaffens an, und ein Pariser Stücke-fabrikant namens Marcel Rouff kann den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, mit einer bislang kaum dagewesenen Geschwindigkeit ausgerechnet die - Tagesereignisse zu dramatisieren. So wurde acht Tage nach der denkwürdigen Entführung des russischen Generals Kutjepow im Théâtre de l'Oeuvre sein Werk über dieses aufsehenerregende Ereignis bereits aufgeführt. Mit dieser "Leistung" stellte Rouff zweifellos einen Weltrekord auf. Pariser Zeitungen haben sich allen Ernstes zu der Nachricht verstiegen, dass nun wenige Tage nach der bisher nur geplanten Ausschliessung der Weltraumrakete auch das "Weltraum-Drama" dieses "Dramatikers vom Tage" zur Uraufführung gelangen soll....

SPD. Eine kaiserliche Antwort. + Unter der Regierung Peters des Grossen überreichten die Stände Finnlands dem Zaren ein Gesuch, in dem sie flehentlich die Aufhebung einiger drückender Kronabgaben erbat. Der Herrscher schrieb unter das Gesuch jene Worte, die später dem Dichter des "Götz von Berlichingen" beim deutschen Volke eine grosse Berühmtheit verschafft haben. - Erst nach weiteren hundert Jahren erneuerten die finnischen Stände ihr Gesuch. Katharina die Grosse liess sich den Akt herbeischaffen, sah den Vermerk ihres erlauchten Vorgängers und schrieb dazu: "Leider Gottes kann ich ihnen als Frau nicht einmal das bieten."

SPD. Der Herzog und der Schmied. + Ich möchte den Roman von dem Schlossmeister. So 'ne nationale Sache, vastehñse. Von irjendsonnem Ferschten, vastehñse."

Nach einer Viertelstunde hatte der Buchhändler herausbekommen dass Rudolf Herzog's "Wieland der Schmied" gemeint war.